

Wöchentlich 56 Bl., monatlich 3,60 M.,
im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M.,
einschließlich 60 Pfg. Postgebühren- und
12 Pfg. Postbestellgebühren. Einjahres-
abonnement 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Woll
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Fern-
unterhaltung und Rätsel, „Frauen-
stimme“, „Tisch“, „Witz in die
Wägenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag

19. April 1929

Groß-Berlin 10 Pf.

Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kompartierung
des Wiener „Kriegsministeriums“ — Reichs-
markt. „Kleine Anzeigen“ des
„Vorwärts“ (jeden Freitag) sind
festgebundene Blätter, jedes weitere Blatt
12 Pfennig. Streifenblätter das erste
Blatt 18 Pfennig, jedes weitere Blatt
10 Pfennig. Preise über 15 Reichsmark
zahlen für zwei Monate. Arbeitsmarkt
Heile 60 Pfennig. Familienanzeigen für
Abonnement jede 60 Pfennig. Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft (Eichen-
straße 3, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Köhler 222-227 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postsekretär: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 66. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Heute Abbruch in Paris?

Widerspruchsvolle Kommuniqués.

Die Pariser Sachverständigenkonferenz ist in den gestrigen
Abendstunden in ein äußerst kritisches Stadium
eingetreten. Von französischer Seite wurde sogar durch
die offizielle Havas-Agentur die Konferenz als bereits
endgültig gescheitert, ja vorzeitig aufgelöst bezeichnet.
Die Havas-Meldung lautet:

Paris, 18. April.

Havas berichtet: In Verfolg der heute nachmittag
von dem Unterausschuß Revelstoke abgehaltenen Sitzung
wird offiziell bekanntgegeben, daß die deutsche Delegation
sich geweigert hat, den von ihr gestern gemachten Vor-
schlag während 37 Jahren 1650 Millionen Goldmark zu
zahlen, zu erhöhen.

Infolgedessen werden die deutschen Delegierten auf-
gehört, an den Arbeiten der Reparationskonferenz teilzu-
nehmen. Die Vertreter der Gläubigermächte werden
morgen eine Sitzung abhalten, um einen Bericht über den
Gegenstand ihrer Mission abzufassen und festzustellen, daß
ihnen unmöglich gewesen ist, sich mit den deutschen Dele-
gierten zu verständigen, um eine Lösung des Reparations-
problems zu finden.

Eine deutsche offizielle WTB-Meldung bezeichnet
hingegen diesen Havas-Bericht als absolut irre-
führend. Die deutsche Meldung hat folgenden Wortlaut:

Paris, 18. April. (WTB.)

Die von der Agentur Havas als angeblich
offiziell ausgegebene Meldung über den Verlauf und die
Ergebnisse der heutigen Sitzung des Unterausschusses Revel-
stoke ist völlig irreführend. Die deutschen Dele-
gierten haben erklärt, daß sie nicht in der Lage seien,
eine höhere als die von ihnen angeregte Annulatio von sich
aus zu befürworten, es sei denn, daß irgendwelche An-
regungen gegeben werden könnten, die eine Erhöhung der
derzeitigen deutschen Leistungs- und Zahlungs-
fähigkeit herbeizuführen geeignet seien. Unter diesen
Umständen stellt der Unterausschuß fest, daß er nicht zu
einer Uebereinstimmung gelangt sei, und wird in diesem
Sinne der morgigen Vollsitzung berichten, an der
selbstverständlich die deutschen Delegierten teil-
nehmen werden. Darüber, wie weiter verfahren wird,
und insbesondere darüber, ob und wie ein Bericht ausge-
arbeitet werden soll, wird die morgige Vollsitzung be-
schließen.

Es ist wohl in den letzten zehn Jahren kaum jemals vor-
gekommen, daß über eine und dieselbe Sitzung halbamt-
lich so diametral entgegengesetzte Behauptun-
gen verbreitet worden sind. Zweifellos ist die Lage
äußerst gespannt und kritisch, und es bestehen
nur noch sehr geringe Aussichten für eine Weiterführung der
Konferenz. Es ist aber unerfindlich, wie das französische
Nachrichtenbureau ein Kommuniqué herausgeben konnte, das
sogar als offiziell bezeichnet wurde, in dem behauptet
wird, daß die Deutschen mit dem gestrigen Tage ihre Teil-
nahme an der Sachverständigenkonferenz abgeschlossen hätten,
und daß heute nur noch eine Kumppflichtung stattfinden
würde, an der ausschließlich die Sachverständigen der
Gläubigerstaaten teilnehmen würden — während von deut-
scher Seite das Gegenteil ausdrücklich festgestellt wird!

Rein technisch war die französische Darstellung unwahr-
scheinlich, ja sinnlos; denn ein Unterausschuß konnte
unmöglich von sich aus beschließen, daß die Gesamtkonferenz
bereits gescheitert sei. Dazu ist nur das Plenum der Kon-
ferenz berechtigt.

Es unterliegt allerdings kaum noch einem Zweifel, daß
der heutige Beschluß der Vollsitzung im Sinne des Abbruchs
oder zumindest der Vertagung auf unbestimmte
Zeit lauten wird. Das geht auch aus dem uns in später
Nachstunde übermittelten Bericht unseres eigenen Pariser
Korrespondenten hervor:

Paris, 18. April. (Eigenbericht.)

Die Sachverständigenkonferenz kann als gescheitert
gelten. Der Abbruch der Konferenz wird morgen in einer
Vollsitzung geschlossen werden. Während der Beratungen des

Unterkomitees Revelstoke wurde heute nachmittag an Dr.
Schacht die Frage gerichtet, ob die in dem deutschen Memo-
randum genannten Ziffern das letzte Wort Deutschlands
darstellen. Dr. Schacht antwortete, daß die deutsche Dele-
gation über das von ihr gemachte Angebot nicht hinaus-
gehen könne. Es wurde darauf beschlossen, in der
morgigen Vollsitzung den Antrag auf Abbruch der
Konferenz zu stellen. Die Alliierten-Delegierten begründen
ihr Verhalten damit, daß die deutsche Delegation politische
Fragen in die Debatte geworfen habe, womit sie ihre Kom-
petenz überschritten habe. Tatsächlich ist von deut-
scher Seite lediglich darauf hingewiesen worden, daß die
Leistungsfähigkeit Deutschlands sehr durch die Verengung
der Rohstoffbasis leide. Die Konferenz wird nun
morgen endgültig über die Form des Abbruchs Beschluß
fassen.

Das irreführende Havas-Kommuniqué ist schon deshalb
bemerkenswert, weil es gewissermaßen den typischen
Schlußpunkt eines systematischen Feldzuges
bildet, mit dem die französische Regierung seit dem ersten
Tage der Konferenz die öffentliche Meinung des eigenen
Landes und der ganzen Welt zu beeinflussen versucht hat.
Seit dem 10. Februar verging fast kein Tag, an dem nicht die
französische Presse tendenziöse Berichte veröffentlichte, in
denen die deutschen Delegierten angegriffen wurden. Diese
planmäßigen Störversuche durch die Presse
erfolgten so einheitlich, daß sie nur auf eine bestimmte Direk-
tive von amtlichen französischen Stellen zurückzuführen sein
können. Wiederholt mußte sogar von den Konferenzteil-
nehmern ausdrücklich festgestellt werden, daß entgegen den
Darstellungen der Pariser Zeitungen die Atmosphäre der
Konferenz ihren sachlichen und kollegialen Charakter seit der
Eröffnungssitzung nicht eingebüßt hätte.

Der Zweck dieser Stimmungsmache liegt auf der Hand:
Man wollte die deutschen Vertreter nervös und müde
machen, man wollte sie zwingen, nur solche ziffernmäßig-
en Angebote zu unterbreiten, die den absichtlich hoch-
geschraubten französischen Forderungen einigermaßen
entsprochen hätten. Gleichzeitig wurde auf diese Art den
französischen und alliierten Vertretern der „Rücken gestärkt“,
um sie von erheblichen Abstrichen bei den Forderungen für
Wiederaufbaukosten abzuhalten.

Das Ergebnis dieses Feldzuges war, daß die Atmosphäre
— zwar vielleicht nicht in der Konferenz selbst, aber um
die Konferenz herum — so getrübt, ja vergiftet wurde,
daß eine Einigung immer schwerer wurde. Es soll keines-
wegs bestritten werden, daß in Deutschland die Hugenberg-
Presse eine ähnliche Taktik befolgte; aber es handelt sich bei
ihr um Auslassungen einer rabiaten Oppositionspresse, die
auf die deutschen Sachverständigen um so weniger Eindruck
machen konnten, als jeder weiß, daß die Deutschnationalen
überhaupt keine Einigung wünschen. Bei dem Feldzuge der
französischen Presse dagegen handelte es sich um eine von
der Regierung selbst inspierte und täglich genährte
Stimmungsmache. Hätten die Sachverständigen
wirklich in völliger Unabhängigkeit und frei von diesem
Druck beraten können, so hätten sie sich wahrscheinlich längst
geeignet. Denn die Differenz zwischen den beiderseitigen
Standpunkten war zu Beginn der Konferenz gar nicht so er-
heblich. Aber diese Differenz wurde in den letzten Wochen
durch Presseangriffe dermaßen verschärft, daß die alliierten
Sachverständigen es schließlich nicht mehr wagten, auf
Summen herunterzugehen, die man selbst in Frankreich vor
zwei Monaten noch für diskutierbar erklärte.

Auch der gesamte Charakter der Konferenz wurde
durch diesen Pressefeldzug verschoben: ursprünglich sollte sie
lediglich nach streng finanziellen und volkswirt-
schaftlichen Gesichtspunkten, aber frei von politischen
Erwägungen, die deutsche Leistungsfähigkeit feststellen und
entsprechende Reparationsvorschläge ausarbeiten. Am Schluß
ging es aber immer mehr um politische Kräfteproben
zwischen Deutschland und seinen Gläubigern. Der Höhepunkt
der Begriffsverwirrung ist wohl in der Behauptung ent-
halten, mit der Havas den Abbruch der Konferenz zu be-
gründen verucht: der Spieß wird umgedreht und es wird
den deutschen Delegierten vorgeworfen, daß sie sich auf
das politische Gebiet begeben hätten. Und zwar stützt sich
dieser Vorwurf darauf, daß Dr. Schacht auf die Ein-

engungen hingewiesen hat, die der deutschen Wirtschaft durch
die Bestimmungen des Versailler Vertrages auf-
erlegt worden sind. Das soll also ein unzulässiger politischer
Hinweis gewesen sein! Als ob die deutsche Wirtschaft nicht
durch den Versailler Vertrag entscheidend beeinträchtigt wäre!

Diese Begründung des Abbruchs durch die französische
halbamtliche Nachrichtenagentur trägt sehr deutlich den
Stempel einer faulen Ausrede, eines plumpen
Vorwandes. Sie zeigt, daß die Franzosen es schließlich
sehr eilig hatten, Schluß zu machen und dabei bemüht
waren, die Schuld den Deutschen zuzuschreiben. Dieser Versuch
ist aber mißlungen, weil die angewandten Mittel zu plump
waren.

Im übrigen wird man den heutigen Tag abwarten
müssen, ehe man abschließend zu den Pariser Ereignissen
Stellung nimmt. Erst wenn der formelle Abbruch offiziell
bekanntgegeben ist, und je nachdem wie er begründet wird,
wird man sich zu der neuen Lage äußern können.

Heute Vollsitzung.

Fünf Tage Feststellung des Berichts.

Paris, 18. April.

Die deutschen Sachverständigen werden an der Voll-
sitzung am Freitag vormittag teilnehmen. Man darf
annehmen, daß die Ausarbeitung eines Schluß-
berichtes, falls er von der Versammlung am Freitag
beschlossen werden sollte, fünf Tage in Anspruch
nehmen wird. So lange dürften auch Dr. Schacht und
Dr. Bögl in Paris bleiben.

Das deutsche Memorandum.

Der Inhalt der deutschen Vorschläge.

Paris, 18. April. (Eigenbericht.)

Das deutsche Memorandum nimmt seinen Ausgangs-
punkt von einigen fundamentalen Grundfragen, wie sie in den inter-
alliierten Schuldverhandlungen und im Dawes-Plan selbst aufgestellt
wurden, um dann in knapper und präziser Form nachzuweisen, daß
diese Grundfragen bei der Feststellung der deutschen Leistungsfähigkeit
bislang nicht die genügende Berücksichtigung gefunden haben. Es ist
von amerikanischer Seite bei den Schuldverhandlungen mit Frank-
reich und England ausdrücklich hervorgehoben worden, daß unbedingt

die Lebenshaltung und der Einkommensstand eines Volkes

bei der Beurteilung seiner finanziellen Leistungsfähigkeit in Betracht
gezogen werden müsse. Da, es wurde damals sogar festgestellt, daß,
wenn dies nicht geschehe, das betreffende Volk das Recht habe, das
Abkommen zu verweigern. Im Dawes-Plan selbst findet sich dazu die
ausdrückliche Feststellung, daß Reparationszahlungen an das Aus-
land nur aus einem wirtschaftlichen Ueberschuß der Ar-
beitsleistung des Landes bezahlt werden können, daß sie ferner
„allein durch einen Exportüberschuß finanziert
werden können“.

Wie sieht demgegenüber die Wirklichkeit aus? Kurz und schlagend
stellt sie das Memorandum diesen fundamentalen Forderungen gegen-
über. Die Transferierung der Reparationsannuitäten ist bis-
her — die deutsche Delegation hat gleich in einer der ersten Sitzungen
darauf hingewiesen — überhaupt nur mit Hilfe von Aus-
landskrediten (seit 1924 allein 15 Milliarden kurz- und lang-
fristige Kredite) und durch Verkäufe deutschen Besitzes an
das Ausland möglich geworden. Von einem Exportüberschuß
der deutschen Wirtschaft kann keine Rede sein. Es wird besonders
betont, daß Deutschland seit Inkrafttreten des Friedensvertrages in
Ausführung der Reparationsverpflichtung

insgesamt 46½ Milliarden Goldmark in bar und an Sachwerten
geleistet hat,

daß diese Leistung aber nur erfolgen konnte durch Aufnahme von
Auslandsanleihen. Seit der Einführung des Dawes-Planes ist die
deutsche Zahlungsbilanz mit nicht weniger als 1655 Bil-
liarden passiv gewesen, moorn die Handelsbilanz mit 10 Milliarden
passiv ist. Einen unerfesslichen Bestandteil der deutschen Volkswirt-
schaft bildet die Landwirtschaft. Sie befindet sich seit langem
in einer Notlage. Die Rentabilität der deutschen Industrie ist denkbar
gering. Dabei zählt Deutschland 25 Millionen Arbeitslose.
Ingefaßt dieser Gesamtlage werden die Schlußmaßnahmen des
Dawes-Planes bald in Kraft treten müssen, die die Einstellung des

Transfers und die Ansammlung von Markbeträgen bis zur 5-Milliarden-Grenze vorzuziehen.

Die deutsche Delegation erklärt, daß sie trotz allem bereit sei, das Ergebnis einer Endlösung zu befürworten, aber sie fordert die Einrichtung bestimmter Schutzmaßnahmen. Den im Ausland vielfach geäußerten Kritiken an der deutschen Finanzgebarung wird mit der Feststellung begegnet, daß die Endlösung nur bei gefunder Finanz- und Wirtschaftsgebarung durchgeführt werden könne.

Das Memorandum schlägt dann zwei Methoden vor, nämlich einen Plan A, der

37 Jahreszahlungen von je 1650 Millionen Mark

erhält, die in drei Gruppen zerfallen, nämlich 600 Millionen transfergeschützter Teil, 600 Millionen transfer- und aufbringungs-geschützter Teil und 450 Millionen aufbringungs-geschützter Teil, und einen Plan B, der die gleichen Annuitäten vorsieht, die jedoch nur geschützte Zahlungen darstellen, nämlich 825 Millionen transfergeschützter und 825 Millionen aufbringungs-geschützter Teil. Alle vorgenannten Ziffern beziehen sich auf den sogenannten Beharrungszustand, der nach dem ersten Jahre eintreten würde, wenn die Sachlieferungen, die bei beiden Plänen im ersten Jahre noch mit 750 Millionen eingeseht sind und nach in zehn Jahren bis auf 200 Millionen fallen, erschöpfen sind.

Nach Auffassung des deutschen Memorandums würde der Plan B in Frage kommen, wenn die Summe der sogenannten Chancen für die Leistungsfähigkeit weiter so gering bleibt, wie sie jetzt ist. Es muß nochmals betont werden, daß die deutsche Delegation sich zu weiteren Verhandlungen entschlossen hat, weil angesichts der Wichtigkeit des Problems

jeder mögliche Weg beschritten werden soll, der eine tragbare Lösung verspricht.

Neben den Möglichkeiten, über die bis jetzt innerhalb der Reparationskonferenz gesprochen wurde, sollen, wie verlangt, auch noch andere Möglichkeiten herangezogen werden. So wird angedeutet, daß vielleicht sogar, falls keine Einigung für die lange Zeitperiode von 37 Jahren zustande komme, eine Verständigung auf einen kürzeren Zeitraum gesucht werden könnte, der sich etwa auf 10 bis 15 Jahre erstreckt, zumal die ersten Jahreszahlungen in dem Vorjahre der stillierten und in dem der deutschen Sachverständigen nicht so weit auseinanderliegen wie die anderen.

Tabellarisch dargestellt sehen die beiden deutschen Vorschläge folgendermaßen aus:

Jahr	nicht-geschützt	transfer-geschützt	transfer- u. aufbringungs-geschützt	Sachlieferungen	Insgesamt (Millionen Mark)
1.	450	225	225	750	1650
2.	450	250	250	700	1650
3.	450	275	275	650	1650
4.	450	300	300	600	1650
5.	450	350	350	500	1650
6.	450	350	350	500	1650
7.	450	350	350	500	1650
8.	450	450	450	300	1650
9.	450	450	450	300	1650
10.	450	500	500	300	1650
11.-37.	450	600	600	—	1650

Jahr	transfer-geschützt	transfer- u. aufbringungs-geschützt	Sachlieferungen	Insgesamt (Millionen Mark)
1.	450	450	750	1650
2.	475	475	700	1650
3.	500	500	650	1650
4.	525	525	600	1650
5.-7.	575	575	500	1650
8.-9.	675	675	300	1650
10.	725	725	200	1650
11.-37.	825	825	—	1650

Zum Schluß erklärt das deutsche Memorandum ausdrücklich, daß eine Verlängerung der Zahlungsperiode über 37 Jahre hinaus unmöglich sei. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages sollen sich die Zahlungen Deutschlands nicht über ein Menschenalter hinaus erstrecken. Trotzdem hat Deutschland schon 10 Jahre lang gezahlt und verpflichtet sich jetzt, weitere 27 Jahre lang zu zahlen. Das sei des Entgegengesetzten genug.

Wenn die Alliierten zur Deckung ihrer Schulden länger als 37 Jahre zahlen müssen, so seien Vorkerkungen zu treffen, damit diese Restzahlungen aus den Gewinnen der Reparationsbank gedeckt werden könnten.

Es wird leicht sein, wie es bisher die französische Presse tat, in allgemeinen Redensarten gegen den angeblich böswilligen Schuldner zu polemisieren. Es wird aber unmöglich sein, den Feststellungen des deutschen Memorandums irgend etwas Tatsächliches entgegenzusetzen. Französische Blätter haben in diesen Tagen erklärt, es gäbe nur noch die eine Frage, ob Deutschland zahlen wolle oder nicht. In dem deutschen Memorandum ist diese Frage mit einem runden Ja beantwortet. Es stellt allerdings die Gegenfrage, ob die von der Allierten aufgestellten Forderungen mit den von ihnen selbst anerkannten Fundamentalfolgen zu vereinbaren sind.

Der Kampf gegen Bolz-Bazille.

Mißtrauensanträge im Württembergischen Landtag.

Stuttgart, 18. April. (Eigenbericht.)

Am württembergischen Landtag brachte die sozialdemokratische Fraktion am Donnerstag den Antrag ein: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium besitz nicht das Vertrauen des Landtages.“ Die zwischen links und rechts stehenden kleineren Mittelparteien, Deutsche Volkspartei, Christlicher Volksdienst, deren sieben Mandate den Ausschlag geben, werden sich bei der Abstimmung über diesen Antrag nunmehr darüber schlüssig zu machen haben, ob sie vor der Definitivität die Verantwortung für den weiteren Bestand der Regierung Bolz-Bazille definitiv zu übernehmen gewillt sind.

Am Anschluß daran brachte sodann die Deutsch-demokratische Fraktion nach ein gegen Bazille gerichtetes Mißtrauensvotum ein, das folgenden Wortlaut hat: „Aufsichtsrat Dr. Bazille besitzt im Hinblick auf seine Schulpolitik, insbesondere wegen seiner Haltung in der Frage des achten Schuljahres sowie im Hinblick auf seine Personalpolitik das Vertrauen des Landtages nicht.“

Die Abstimmung über diese beiden Anträge dürfte voraussichtlich erst in der Sonnabend-Sitzung des Landtages erfolgen.

Reichstag und Luftverkehr.

Das dichteste Flugnetz der Welt! — Vernünftig umstellen!

Kaufmännische Beobachter der deutschen Luftverkehrspolitik haben in den letzten Jahren immer wieder ihre vorwiegende Stimme erhoben und darauf hingewiesen, daß die Dinge kein gutes Ende nehmen würden, da die jetzige Subventionspolitik mit allen ihren Schäden sich auf die Dauer kein Parlament gefallen lassen könnte. Die Sachbearbeiter in den Ministerien, in der Luftkassa und auch in den meisten regionalen Gesellschaften, fast alles ehemalige Militärs, wußten das nicht wahr haben. Sie hatten sich mit einem guten Nachrichtenstab umgeben, der, nach den Methoden der Obersten Heeresleitung im Kriege, die Öffentlichkeit nur mit „Stilleschweigen“ verschloß. Zustandsmeldungen über das dichteste Flugnetz der Welt wurden mit Vorliebe in die deutsche Presse gebracht. Während sich deutsche Firmen bemühten, um gegen hohe Lizenzgebühren das Recht auf die Herstellung ausländischer Flugmotoren zu bekommen, fürterte man die deutsche Öffentlichkeit mit Nachrichten über die „großen“ Fortschritte im deutschen Flugzeug- und Motorenbau.

Die Stimmung war günstig; in allen deutschen Städten schaffte man Flugplätze. Waren sie fertig, dann schrie man nach Fluglinien. Zu Subventionen war man bereit, denn man war ja der Meinung, daß der Flugverkehr mit Weltentlasten Fortschritte mache und nach kurzer Zeit wirtschaftlich würde. War man schon bei den ersten Eisenbahnlinien zu kurz gekommen, so wollte man sicher im Luftverkehr nicht dasselbe Schicksal erleben, trotzdem der Luftverkehr an ein Schienennetz nicht gebunden ist. Es gibt Städte in Deutschland, die in den letzten vier Jahren bis zu 5 Millionen aufgebracht haben. Allein für Verkehrsbehelfen, also Subventionen, haben einzelne Städte jährlich bis zu einer halben Million ausgegeben.

Nicht die Verkehrsnotwendigkeiten, sondern die Subventionen und die guten Verbindungen an den verschiedensten Stellen in Berlin waren entscheidend bei der Verteilung der Linien. Konnte man mit der Hintertreppenpolitik nicht alles durchsehen, dann schickte man Deputationen, bestehend aus Oberbürgermeistern, Handelskammerleuten und Abgeordneten. Da die Berliner Stellen nur den Frieden wollten, da sie jede Kritik fürchteten, so wurden Zugeständnisse gemacht und es kam nach und nach das dichteste Luftverkehrsnetz der Welt zustande. Auf dieses dichteste Netz stellte sich die Luftkassa ein. Personal, Personal und obermal Personal war die Lösung, denn Telefon, Draht und Schreibmaschine arbeiteten wie im Kriege. Dazu kam, daß auf jedem größeren Flughafen ja auch noch eine erhebliche Zahl von sonstigen Reichs-, Staats- und Gemeindefunktionen tätig waren. Man schöpfte aus dem vollen.

Jetzt aber heißt es abbauen!

Es scheint aber, als wenn man alles versucht, um den Wagon zu verhindern und das dichteste Flugnetz aufrechtzuerhalten. Das ist

natürlich nur möglich, wenn man den Sommerflugplan zeitlich einschränkt. In den letzten Jahren wurde mit dem Sommerflugplan in der Zeit vom 10. bis 15. April begonnen. Vor Wochen wurde man sich einig im Reichstag, daß der Sommerflugplan erst am 1. Mai zu beginnen. Nunmehr, nachdem im Reichstag die Sparkommission ihre Arbeit geleistet haben, teilt die Luftkassa mit, daß der

Sommerflugplan erst am 21. Mai

beginnen würde. Es ist anzunehmen, daß man auch im Herbst die Zeit des Sommerflugplans kürzt, denn der übergrößte Teil der regionalen Verkehrsunternehmen wird dafür sein, da sie an der Aufrechterhaltung des dichtesten aller Flugnetze interessiert sind.

Durch ein solches Vorgehen wird der Wille des Reichstages in das Gegenteil verkehrt. Genau so, wie man in der Industrieunterstützung einmal klare Verhältnisse haben will, so wollen auch die Volkvertreter in ihrer großen Mehrzahl, daß man ein Verkehrsnetz aufzieht, das sich nach den Ergebnissen des Verkehrs richtet und nicht nach dem Geld und dem Druck der einzelnen Städte.

Wer schlechte Linien fliegen will, muß sie selbst bezahlen und darf dazu nicht Reichs- und Staatsmittel in Anspruch nehmen. Um zu einer wirklichen Gesundung im Flugverkehr zu kommen, müssen dem Vorgehen des Reichstages in Zukunft die Stadtverordnetenversammlungen unbedingt folgen. Die Gelder der Steuerzahler sind gleich wertvoll, ob es sich um Gelder aus dem Reichsstaats- oder aber um Gelder aus dem Stadtsäckel handelt.

Luftpolitische Fragen.

In der Luftfahrtabteilung des Reichsverkehrsministeriums fand gestern eine Pressebesprechung statt, um zu den verschiedenen in der Öffentlichkeit behandelten Fragen Stellung zu nehmen. Der Leiter dieser Pressekonferenz, Ministerialdirektor Brandenburg, erklärte in seiner Einleitungsrede, daß ein Teil der Presseangriffe gegen die Luftfahrtpolitik des Reichsverkehrsministeriums nicht unberechtigt gewesen seien.

Im Mittelpunkt der dann folgenden Ausführungen standen die Abstriche am Budget. Ursprünglich hatte das Verkehrsministerium 68 Millionen Mark beim Reichsfinanzministerium für das neue Rechnungsjahr angemeldet. Durch Kürzungen des Ministeriums selbst wurde der Etat auf 54,5 Millionen Mark herabgesetzt, während er durch die jetzt vollzogenen Kürzungen bis auf 26,5 Millionen Mark verringert worden sei. Als einen Erfolg der öffentlichen Kritik ist der Hinweis zu verzeichnen, daß im Ministerium eine Preisprüfungsstelle eingerichtet wurde, deren Aufgabe in der Kontrolle der in der Öffentlichkeit beanstandeten Preise für Flugzeuge und das übrige Gerät besteht.

Baldwins Wahlprogramm.

Oberflauer Eindruck.

London, 18. April. (Eigenbericht.)

Vor einer konservativen Parteitagung entwickelte Premierminister Baldwin das Wahlprogramm der Regierungspartei. Eine passende Wahlparole bringt Baldwin nicht, er verzichtet auf jegliche konstruktive Politik, besonders in der Arbeitslosenfrage, und baut seine zukünftige Politik auf langsame und stetige Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage durch vorsichtige Regierungsmaßnahmen auf. Deshalb gilt Baldwin's Hauptthema auch dem Liberalen Lord George und dessen Versprechungen, mit denen er nicht zu konkurrieren gedenkt. Die konservative Politik gehe darauf aus, ständige Beschäftigung für die Arbeiter zu schaffen. Die Hauptpunkte des konservativen Wahl- und Aktionsprogramms sind:

- 1. Arbeitslosigkeit: Förderung der Auswanderung und der Verpflanzung von Arbeitslosen; keinelei großzügige produktive Erwerbslosenfürsorge auf Grund von Anleihen wegen der damit verbundenen Inflationsgefahr.
- 2. Industriehilfepolitik: Fortführung des Industrieförderung, jedoch nicht volle Schutzpolitik und keinelei Hilfe auf Lebensmittel.
- 3. Eisenbahnwesen: Förderung des Ausbaues der Eisenbahnen, wie bereits im Budget vorgesehen.

4. Fabrikgesetzgebung: Wiederherstellung des Verprechens von 1924, das neue Fabrikgesetz als eine der ersten Vorarbeiten einzuführen.

5. Wirtschaftspolitik: Grundrissliche Anerkennung des Arbeitslosenprinzips, aber Unterzeichnung der Washingtoner Konvention nicht ohne vorhergehende weitere Prüfung.

6. Landwirtschaft: Keinelei Schutzzoll oder Subvention für die Landwirtschaft, jedoch eine Verordnung, die die Verwendung einheimischen Fleisches bei der Verpflegung des Militärs von Oktober bis März sichert.

7. Elendsquartiere: Energische Bemühungen zur Beseitigung der Elms.

8. Verbesserung des Erziehungswesens:

9. Fürsorge für Frauen und Mütter: Volle ärztliche und Geburtshilfe für versicherte Frauen und unversicherte Frauen versicherter Männer.

10. Entwicklung des Reiches: Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Beratung der Regierung beim Ausbau des Empire (Weltreich).

Die unmittelbare Wirkung dieses Wahlprogramms spiegelt sich am deutlichsten darin, daß die Wahlwetten der Londoner Börse nach Bekanntwerden der Rede Baldwins die Erfolgsaussichten der Konservativen um drei Punkte niedriger notierten!

Rüffet ab!

Rabnung an den Völkerbund.

Kopenhagen, 18. April. (Eigenbericht.)

Der Vorkommnisse der dänischen sozialdemokratischen Partei, Staunung, richtete an die vorbereitende Abrüstungskommission des Völkerbundes in Genf folgende Adresse:

„Die sozialdemokratische Partei Dänemarks, unter deren Regierung der Reichstag im Jahre 1926 eine Gesetzesvorlage über die Abrüstung annahm und über 500 000 Wähler, oder etwa 40 Proz. der dänischen Wählerschaft ihre Stimme gaben, richtet namens dieser Wähler die dringende Aufforderung an die vorbereitende Abrüstungskommission des Völkerbundes, ihre Arbeiten baldmöglichst zum Abschluß zu bringen, damit das feierliche Versprechen der Durchführung der Abrüstung, das den Wählern der Erde gegeben worden ist, nicht eingestrichelt werden kann.“

Dieser Adresse hat sich der Verband der Gewerkschaften mit einem Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes angeschlossen. In diesem Schreiben wird die Abrüstungskommission um die Beschleunigung ihrer Arbeiten ersucht, damit die internationale Abrüstungskonferenz einberufen werden könne. Der Verband sei der Ansicht, daß das Vertrauen zum Völkerbund bedroht sei oder verloren gehen müsse, wenn jetzt nicht alle Kraft zur Abrüstung eingesetzt würde.

Erhöhung des Wochengeldes.

Sozialdemokratischer Erfolg im sozialpolitischen Ausschuss.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte im Reichstage einen Antrag eingebracht, der verlangte, daß auf das nach der Reichsversicherungsordnung zu zahlende Wochengeld für die Zeit vor der Riederkunft ein Zuschuß gezahlt werden sollte.

Bei der Beratung des sozialpolitischen Reichstagsausschusses am Donnerstag wurde ein Antrag der Regierungspartei, der das Wochengeld für die Zeit vor der Entbindung auf drei Viertel des Grundlohns erhöhte, solange die Schwangere keine Beschäftigung gegen Entgelt ausübt, einstimmig angenommen. Gleichzeitig wurde der § 311 der RVO, dahin ergänzt, daß auch Schwangere und Wöchnerinnen, solange sie Anspruch auf Wochengeld oder Schwangerengeld haben und nicht gegen Entgelt arbeiten, Mitglieder der zuständigen Krankenkasse bleiben. Durch die einstimmige Annahme dieser sozialdemokratischen Forderung ist nun endlich die Sicherheit geschaffen, daß diejenigen Schwangeren und Wöchnerinnen, die während der Zeit ihrer Schwangerschaft oder nach der Riederkunft erkranken, Anspruch auf Krankenpflege haben. Ferner wurde ebenfalls einstimmig beschlossen, daß die Zeit der Schwangerschaft oder des regelmäßig verlaufenden Wochenbettes für die Dauer von 12 Wochen in der Invalidenversicherung der Zahlung von Wochengeldern gleichgesetzt wird. Die angeführten Änderungen sollen mit dem 1. Juni 1929 in Kraft treten.

Das zweite Schiff der neuen polnischen Kriegsmarine, der Torpedobootzerstörer „Burca“, ist am Dienstag in Gdynia (Preußen) vom Stapel gelassen. Das Schiff hat eine Wasserverdrängung von 1380 Tonnen und eine Länge von 107 Metern. Seine Bewaffnung besteht aus vier 13-Zentimeter-Geschützen, zwei Flugzeugabwehrkanonen und sechs Torpedo-Rohrrohren.

Sowjetrußland sind nun auch die Komodienstämme im Gebiet von Ost auf Kamtschatka. Die Häuptlinge haben ausgereist — wenn sie nicht etwa Sowjetrußland werden.

Städteführer und Esperanto. Den zahlreichen Städten, die ihre Fremdenführer, um ihnen Beachtung in aller Welt zu sichern, in der Weltsprache Esperanto drucken lassen und verbreiten, ist nunmehr auch Chemnitz gefolgt. Der „Chemnitzer Fremdenführer“ wird mit einer Esperanto-Beilage herausgegeben, die die wichtigsten Abschnitte des Hauptführers in Esperanto enthält. — Und Berlin?

KPD. will Tote!

Sie fordert auf, Zusammenstöße zu provozieren.

Hamburg, 18. April. (Eigenbericht)

Das Post-Bureau der Bezirkszeitung Wasserfontäne der KPD. hat an alle Unterbezirke, Ortsgruppen, Abteilungs-, Zellengruppen, Straßenzellen und Betriebszellenleitungen, sowie an alle Leitungen der Organisationen folgendes Rundschreiben herausgegeben:

„In allen Ortsgruppen sind

trotz Demonstrierungsverbotes die Demonstrationen zum 1. Mai vorzubereiten,

das heißt Aufmarschpläne aufzustellen, bei der örtlichen Polizeibehörde einzureichen. In den Arbeitsgebieten und Unterbezirken sollen möglichst, je nach der Lage in einem großen Ort, zentrale Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt werden. Das Beste ist, wenn in jeder Ortsgruppe eine Kundgebung stattfindet. In den Orten, wo sich die Genossen Kfz-Kameraden usw. an den größeren Demonstrationen der Nachbarkreise beteiligen, müssen sie ebenfalls eine Soaalkundgebung abhalten. Lang fällt dabei aus. Der 1. Mai ist kein Feiertag, sondern ein Kampftag.

Am diesem Tag wird es in allen Ländern und besonders in Deutschland zu schweren Zusammenstößen kommen, wobei es eine Anzahl Toter gibt.

In einer solchen Lage, wo der Kampftag erhebliche Opfer kostet, gilt es, die revolutionäre Pflichterfüllung aufrechtzuerhalten.“

Kein Wort also darüber, daß Zusammenstöße oder Blutvergießen nach Möglichkeit verhindert werden sollen! Im Gegenteil, nur die Mitteilung, daß es eine Anzahl Toter geben werde, daß ein solcher Kampftag erhebliche Opfer koste, eine Ankündigung, die in dieser Form geradezu einer Aufforderung gleichkommt, blutige Zusammenstöße zu provozieren. Heißt es doch auch im Schlußsatz des Rundschreibens, die Bezirksleitung habe die bestimmte Erwartung, daß alles daran gesetzt werde, dem 1. Mai im Bezirk Wasserfontäne ein revolutionäres Gepräge zu geben. So geht die KPD. mit dem Leben der Arbeiter um, die immer noch ihren Parolen folgen!

Schulz' Gnadengesuch aufgegeben!

Auffehererregender Schritt des Verteidigers Dr. Grimm.

Im Rechtsausschuß des Preussischen Landtags teilte am Donnerstagsabend der Vorsitzende Dr. Eichhoff (D. Vp.) mit, daß von Professor Grimm, dem Verteidiger des Oberleutnants Schulz ein Schreiben eingelaufen ist, mit der Bitte, die weitere Beratung des Gnadengesuches für Schulz auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Der Ausschuss beschloß dementsprechend. Damit dürfte die Entscheidung des Gesuches, für dessen Weiterberatung ursprünglich der 6. und 7. Mai vorgesehen waren, praktisch aufgegeben sein. Im Rechtsausschuß sah man in dem Schritt des Verteidigers ein deutliches Symptom dafür, daß die Sache des Schulz durch die Auslagen des verhafteten Jahrbuch eine bedeutende, für Schulz höchst ungünstige Wendung genommen haben müsse.

Der Schritt des Professor Dr. Grimm bedeutet einen Wendepunkt in der rechtspolitischen Agitation für Schulz. Erst bündelstarke Reichstagsarbeiten, „eine Billigkeit vom Drucksetzer“, wie der Regierungsvorsitzende treffend sagte, Beratungen und Protestresolutionen — jetzt die beschriebene Bitte, die Sache möglichst geräuschlos zu begraben. Ein ungeheurer Aufwand an Schwermetall und Hugenbergschem Geld ist wohlson wertlos.

Woher kommt das? Im Landtag gibt man sich allerhand Mutmaßungen hin. Bisher war es nicht möglich, das Geheimnis der Auslage Jahrbuch zu lüften. Jetzt scheint sich ein Weg aufgetan zu haben: Offenbar muß Professor Dr. Grimm über die Auslagen Jahrbuch informiert worden sein. Dies ist auch möglich, nachdem der Verteidiger des Jahrbuch, Rechtsanwalt n. d. Goltz die bisherigen Verhandlungsprotokolle hat einsehen und mit seinem Mandanten hat eingehend konferieren können. Der Verteidiger des Jahrbuch ist an ein Schweigegebot nicht gebunden, und es scheint möglich, daß er die ihm nahestehenden rechtsabstimmenden Kreise ins Bild gesetzt hat.

So kurzieren denn seit einigen Tagen Gerüchte im Landtag, die mit immer größer werdender Bestimmtheit behaupten, daß Jahrbuch namentlich in einer Fememordtatsache den Oberleutnant Schulz ganz außerordentlich schwer belastet haben soll.

Wir können das nicht nachkontrollieren. Tatsache ist jedenfalls, daß die früher so bereiten Verteidiger des Schulz auf der rechten ein äußerst niedergeschlagenes Wesen zeigen.

Daß gegen die Vertagung des Gnadengesuches auf unbestimmte Zeit, d. h. möglichst lange auf Jahre, sich im Rechtsausschuß nicht eine einzige Stimme des Widerspruchs erhoben hat, zeigt vollkommen in dieses Bild.

Verlängerung der Krisenfürsorge.

Bis Ende Juni 1929.

Nach Überwindung großer Schwierigkeiten ist es Anfang dieses Jahres gelungen, gewisse Verbesserungen in der Krisenfürsorge durchzusetzen. Diese Verbesserungen beziehen sich

1. auf die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufs-,
2. auf die Verlängerung der Bezugsdauer auf 52 Wochen und
3. auf die unbeschränkte Bezugsdauer der über 40 Jahre alten Unterstützungsempfänger.

Für diese Erweiterung aber war die Zustimmung der bürgerlichen Parteien nur unter der Bedingung zu erhalten, daß die Gültigkeit bis zum 4. Mai 1929 beschränkt werde. Bei den interfraktionellen Verhandlungen über den Etat haben die sozialdemokratischen Vertreter jedoch durchgesetzt, daß eine weitere Verlängerung der Krisenfürsorge erfolgt. Infolgedessen steht gegenwärtig im Haushaltsausschuß des Reichstags bei der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums die folgende Entschliessung der Regierungsparteien zur Diskussion:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, die Geltungsdauer des Gesetzes über Verrenten und Dauer der Krisenunterstützung vom 22. Februar 1929 (Reichsarbeitsblatt Seite 137) über den 4. Mai d. J. hinaus bis Ende Juni 1929 zu verlängern.“

An der Annahme dieser Entschliessung ist nicht zu zweifeln. Sie bedeutet, daß zunächst die Krisenfürsorge in der erweiterten Form verlängert wird und daß vor dem Ablauf dieser Verordnung, also vor Ende Juni, unter den Regierungsparteien eine Vereinbarung getroffen werden muß über das weitere Schicksal der Krisenfürsorge.

Der Schatten auf dem Papier.

Zum Prozeß über die Unterfuchung des Liebmacht-Lugenburg-Wortes.



Kriegsgerichtsrat Jorns: „Von einer Verdunkelungsgefahr habe ich nichts bemerkt.“

Programm des Arbeitsministers.

Reichsarbeitsminister Wiffell über die sozialpolitischen Arbeiten.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags begann am Donnerstag seine Sitzung mit einer Ehrung für seinen Vorsitzenden Hugo Heilmann.

Nach längerer Aussprache wurde der Etat des Ernährungsministeriums verabschiedet. Es begann dann die Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums. Nach den Darlegungen der Berichterstatter erhielt das Wort

Reichsarbeitsminister Wiffell:

Man sagt, die Sozialversicherungen lähmen nur den Willen zur Selbsthilfe, schwächen den Sparsinn und züchten nur Faulenzer. Man bedauert dabei nicht, daß die Sozialversicherung nur der Form nach Staatsfürsorge, ihrem tieferen Wesen nach aber nichts anderes als organisierte Selbsthilfe ist, da doch der Versicherungsbeitrag aus Lohn stammt. Er ist ein — wenn auch unwillkürlicher — Beitrag der Lohn- und Gehaltsempfänger und der Unternehmer. Die Sozialversicherung ist eine kollektiv-sparmäßige Fürsorge für die Zukunft. Das ersparte Versicherungskapital steht unter Selbstverwaltung der versicherten Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Kritiker der Sozialversicherung übersehen auch, daß nicht nur der Arbeitnehmer, sondern doch auch der Arbeitgeber, daß die deutsche Industriewirtschaft Kundgeber der durch die Sozialversicherung wieder hergestellten und unterbundenen Arbeitskraft ist. Sie übersehen weiter die sehr wichtige sozialpolitische Bedeutung der Sozialversicherung, die darin gegeben ist, daß der Stärkere, Gefündere mitpariert für den weniger Starken und weniger Gefunden. Diesem gemeinnützigen, sozialistischen, sozialen Sparten der Gesamtheit der Bertätigten gegenüber erscheint der private Sparer, der nur für sich und seine Familie und nicht für die Gesamtheit spart, als ein Egoist. Die Forderung, sparen statt versichern, zerschneidet die Wurzel der Solidarität, ohne die auch die privaten Versicherungen nicht bestehen können.

Ich bin bestrebt, die Sozialversicherung weiter auszubauen. Ich verweise auf die zahlreichen Gesetze und Verordnungen, die das Arbeitsministerium dazu erlassen hat.

Ich komme zum

Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes.

wohl dem wichtigsten sozialpolitischen Gesetzentwurf in diesem Haushaltsjahr. Der Entwurf ist der Anfang zum einheitlichen Arbeitsrecht, wie ich es mir denke. Eine notwendige Ergänzung bildet der Entwurf eines Bergarbeitsgesetzes, der Anfang März dem Reichsrat zugegangen ist. Ein in Vorbereitung befindlicher Gesetzentwurf über Unfallverhütung in der Altersversicherung bildet eine weitere Ergänzung des Arbeitsschutzgesetzes.

Das Zustandekommen der beiden vorerwähnten Gesetze ist Voraussetzung für die von der Reichsregierung beabsichtigte Ratifikation einer Anzahl von

Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation.

Deutschland ist natürlich an einer der deutschen gleichwertigen Arbeitsschutzgebung in den Weltmächten interessiert. Das gilt insbesondere für das umstrittene Übereinkommen über die Arbeitszeit, dessen Ratifikation durch einen besonderen, von mir bei der ersten Lesung des Arbeitsschutzgesetzentwurfs angefündigten Gesetzentwurf herbeigeführt werden soll. Nachdem alle auf eine Revision des Übereinkommens abzielenden Anträge vom Verwaltungsrat abgelehnt sind, dürfte die Entscheidung des Reichskabinetts über meinen Antrag bald zu erwarten sein.

Zum Tarifvertragsrecht bemühen wir uns auch hier um die Angleichung an das österreichische Recht. Entgegen der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts, durch welchen in einem Einzelfalle einem dem Reichsbund vaterländischer Arbeiter und Vereinen angegeschlossenem Werkverein Tariffähigkeit zugesprochen ist, bin ich nach wie vor, wie auch mein Herr Vorgänger, überzeugt davon, daß ein auf den örtlichen Betrieb eines Arbeitgebers beschränkter Werkverein nicht unabhängig von Arbeitgeberseite und daher auch nicht tariffähig ist.

Die Reform des Schlichtungswesens

bemeist alle interessierten Kreise schon seit Frühsummer 1928. Eine am 16. Oktober 1928 in meinem Ministerium abgehaltene Konferenz der Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zeigte, daß die Arbeitnehmer keine gesetzliche Veränderung wünschen.

Mit bekannt darf ich voraussetzen, daß von Arbeitgeberseite der in dem

Tariffreil bei Gruppe Nordwest

für verbindlich erklärte Schlichtspruch im Klagewege angefochten wurde, weil die Stimme der Vorsitzenden den Beschlag gegeben hat. Außerdem wurde behauptet, daß der Spruch in den geltenden Manteltarif eingreife. Die kaiserliche Partei, der Arbeitgeberverband, hat ein abschließendes Urteil beim Reichsarbeitsgericht erzielt.

Durch dieses Urteil ist praktisch der Stimmenentscheid des Vorsitzenden für den Fall, daß in der Schlichtungskammer keine Rege-

lung zustande kommt, unmöglich gemacht, da Schlichtungsbehörden keine Sprüche fällen werden, die im Gegensatz zur Auffassung des Reichsarbeitsgerichts stehen. Damit ist der vom Reichsarbeitsministerium von jeher auf Grund der geltenden Gesetzgebung bisher vertretene Grundgedanke durchbrochen, daß ein Schlichtspruch zustande kommen muß.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Tatsache sind nicht abzusehen. Am dem Reichstag die Möglichkeit zu geben, zu den schwebenden Fragen Stellung zu nehmen, wird demnächst eine eingehende Denkschrift über das Schlichtungswesen vorgelegt werden. Ich komme nun zu dem Kapitel

Arbeitsmarkt und Arbeitslosenversicherung.

Hatten wir 1927 eine besonders günstige wirtschaftliche Entwicklung, so war es 1928 umgekehrt. Bis Juli 1928 wuchs die Zahl der Arbeitslosen, zunächst bis November langsam, dann sprunghaft. 1929 zählten wir mehr als zwei Millionen Arbeitslose. Wesentliche Ursache dieser ungeheuerlichen Verschärfung der Lage auf dem Arbeitsmarkt war der ungewöhnlich frühe Winter, der alles zum Erliegen gebracht hat. Diesen Verhältnissen mußte natürlich auch die Arbeitslosenversicherung Rechnung tragen. Besonders drückend lastet die

Sorge um die Erziehung auf den älteren Arbeitnehmern.

Durch Fortbildungs- und Umschulungskurse sucht die Reichsanstalt es älteren Arbeitslosen zu ermöglichen, wieder in das Erwerbsleben zurückzukehren. Ich habe Darlehensmittel bereitgestellt, um es älteren, erwerbsfähigen Angestellten zu erleichtern, sich wirtschaftlich selbstständig zu machen. Des weiteren bin ich bestrebt, auf dem Gebiete der wertvollsten Arbeitslosenversicherung vorwärts zu kommen. Der Aufbau der

Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

ist trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im vergangenen Jahre fast vollständig zum Abschluß gebracht worden. Ich verweise hierzu auf den Bericht der Reichsanstalt. Ich bin mit allen, denen die Erhaltung einer lebensfähigen Arbeitslosenversicherung am Herzen liegt, darin einig, daß die Finanzen der Reichsanstalt auf eine Grundlage gestellt werden müssen, die es der Anstalt ermöglicht, in normalen Zeiten ihre Einnahmen und Ausgaben — auf längere Sicht gesehen — auszugleichen. Bei starken Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt werden natürlich zeitweise die Ausgaben über die Einnahmen anschwellen. In solchen Fällen wird die Reichsanstalt immer genötigt sein, nach Erschöpfung des Risikofonds sich der Hilfe des Reiches zu bedienen. Das ist nichts Ungewöhnliches; aber in normalen Zeiten dürfen Darlehen nur in dem Maße in Anspruch genommen werden, wie die Rückzahlung gesichert bleibt.

Eine wesentliche Entlastung bringt der Reichsanstalt die im vorigen Herbst vom Reichstage beschlossene Sonderregelung der Unterstützung bei beruflicher Arbeitslosigkeit. Es bleibt zu erwägen, ob durch Umgestaltung dieser Sonderregelung eine weitere Entlastung herbeigeführt werden kann oder welche anderen Maßnahmen diesem Ziele zu dienen geeignet sind. Die Reichsregierung hofft, dem Reichstag bald bestimmte Vorschläge unterbreiten zu können.

Zum Wohnungsbau- und Siedlungswesen

führt der Minister aus: Wir haben voraussichtlich 1928 mindestens die gleiche Zahl, wahrscheinlich sogar mehr Wohnungen gebaut, als 1927 und haben dabei noch 700 Millionen Mark Rückstände aus 1927 gedeckt. Unmittelbare Reichsgelder sind auch im Haushalt 1929 für den allgemeinen Wohnungsbau nicht gegeben. Eine Verringerung der Wohnungszwangswirtschaft ist nicht in Aussicht genommen. Eine Verringerung der zurzeit geltenden gesetzlichen Miete von 120 Prozent ist unzulässig.

Die Weiterberatung wird auf Freitag vertagt.

Ein Bauernheger.

Strafverfahren gegen den Landvolksführer Homfens.

Edernförde, 18. April.

Gegen den Landvolksführer Homfens, Lettenbüll, der gegenwärtig wegen Beteiligung an den Ausschreitungen in Hohenwedde angeklagt ist, ist wegen Verurteilungen, die Homfens in einer Rede bei einer Landvolksversammlung in Edernförde Ende Januar d. J. getan haben soll, ein neues Strafverfahren anhängig gemacht worden. Homfens soll in seiner Rede den Reichsminister des Äußeren angegriffen und zu Gewalttätigkeiten aufgefordert haben.

Homfens, der im Weidenfelder Bauernprozeß als Zeuge auftrat, wurde in der Urteilsbegründung als der intellektuelle Urheber der Vorgänge in Weidenfeld bezeichnet, für die 30 Bauern verurteilt worden sind, die nicht genug waren, für ihn ihre Haut zu Markte zu tragen.

„Gas und Wasser“

Heute Eröffnung der Ausstellung in den Messehallen

Heute wird die große Sommer-schau des Berliner Messeamtes, die Ausstellung „Gas und Wasser“, in den vier städtischen Messehallen am Kaiserdamm nach monatelangen Vorbereitungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Diese Schau der Technik begnügt sich nicht damit, tote Ausstellungsobjekte, in Ständen geordnet, aneinandersetzen; zahlreich und vielseitig sind die wertvollsten vorgeführten Betriebe, in denen die lebenswichtigen Elemente Gas und Wasser Anwendung finden. Mustergütige Werkstätten für Industrie und Handwerk, muster-gütige Haushaltungsbetriebe werden den Besuchern Belehrung und Anregung geben. Selbstverständlich hat man neben den für ein breiteres Publikum bestimmten, all-gemein verständlichen Ausstellungs-objekten auch nicht die Wissenschaft vergessen.

Halle L

Durch den Haupteingang am Bahnhof Wlgeben gelangt man in die größte der Ausstellungs-hallen mit über 16 500 Quadratmeter Bodenfläche, Halle I, die folgende Gruppen beherbergt: 1. Wissenschaft und Forschung im Gasfach, 2. Rohstoffe zur Gas-erzeugung, 3. Anordnung der Gaserzeugungsanlagen, 4. Die Gas-erzeugung, 5. Gasreinigung, Gasmessung und Gas-speicherung, 6. Nebenzeugnisse, 7. Gasverteilung und Gasfernver-sorgung, 8. Korrosionen, 9. Laboratorium. Schon beim Betreten der Halle I über-rahmt der Anblick des größten jemals hergestellten Modells eines neuartigen Gaswerk-betriebes. Auf einer Fläche von etwa 1000 Quadratmeter wird der gesamte Vorgang der Gas-erzeugung vor Augen geführt. Auf der anderen Hallenseite finden wir Ausstellungen verschiedener Städte. Besonders repräsentativ vertreten sind die Ver-waltungen von Wien und Berlin, der Hansestädte Hamburg, Bremen, Lübeck sowie der Süddeutschen Gas A.-G. Weiter beteiligt sind Stuttgart, München, Nürnberg, Köln, Düsseldorf, Mainz, Hannover, Litona, Rendsburg, Breslau, Eberfeld, Gera, Delmenhorst, Chemnitz und Kassel.

Halle II

mit etwa 13 000 Quadratmeter Bodenfläche bietet ein lebendiges Bild von den Vorteilen der Gasverwendung in Haushalt, Gewerbe und Industrie. Zunächst werden in einigen Kojen moderne Gas-ein-richtungen für Küchen gezeigt. Von allgemeinem Interesse dürfte eine Darstellung der Physik und Chemie des Kohlens sein. Einer in vollem Betrieb befindlichen Lehrküche schließen sich Kojen für Waschküchen, Bäder und dgl. an. Die Industrie zeigt Wohnräume mit modernen Gasheizöfen sowie Gasapparate für Koch- und Bade-zwecke sowie Warmwasserbereitung. Große Glasvitrinen bergen eine Schau von typenmäßigen Haushaltsapparaten. Die übrigen Hauptverwendungsgebiete des Gases in Gewerbe, Industrie und für Beleuchtung werden durch zahlreiche Aussteller gezeigt. Eine modern eingerichtete Bäckerei und ein Café werden betrieben, in einer Glashütte mit Wannen-Ofen wird Hohl-glas und Pressglas hergestellt. Die schwierige Erzeugung von



Das große Röhrensystem der Wasserwerke.

Laboratoriumsgeräten aus Glas und die Formung modernster Kunst-gläser erfolgt in einer kleinen Arbeitsstätte. Hier reißt sich eine E-mailliererei sowie eine große Werkstatt für keramische Er-zeugnisse mit Gasbetrieb an.

Halle III

Nach Ueberfahren der Verbindungsbrücke erreicht man die etwa 3000 Quadratmeter bebauten Fläche umfassende Halle III, die zunächst das Feuerwehrtreiben in seinen Beziehungen zu Gas und Wasser veranschaulicht. Der Gasdruck bildet die vierte Gruppe. Der Ruf nach Schutz gegen gesundheits-schädliche und giftige Gase ist zu einer Forderung des Tages geworden. Deshalb werden in dieser Gruppe Gasmasken, Sauerstoff-schutz- und Frischluftgeräte zur Aus-stellung gebracht. Auch Wiederbelebungsapparate haben hier ihren Stand. In einer besonderen „Übungsstrecke“ wird dem Publikum das Arbeiten der Feuerwehrt in vergasteten Räumen mit den sich daran anschließenden Wiederbelebungsarbeiten praktisch vorgeführt. Un-gemein anschaulich sind auch die hier untergebrachten Ausstellungen von Wasser-gewinnungsanlagen verschiedener Städteverwaltungen. Ein Standstück dieser Gruppe ist das Modell der Wasserer-sorgungs-anlage des rheinisch-westfälischen Industriebezirks. Um dieses inter-essante Kernstück herum gruppieren sich die Ausstellungsobjekte von Städten an der Ruhr, am Rhein usw.

Halle IV

ist der Industrie gewidmet, die sich mit Wasserwerks-, Wasser-er-sorgungs- und Verteilungsanlagen beschäftigt. Hier sehen wir große und kleine Pumpenanlagen für Hauswasserer-sorgungs- und Wasser-reinigungsanlagen, Trinkwasserfilter sowie all das Einrichtungs-, Installations- und Zubehörmaterial aus Eisen, Kupfer und Blei. Die interessanten Wasserer-sorgungsanlagen der Städte Berlin, Wien, München, Breslau und Hindenburg sind in dieser Halle untergebracht

Den Abschluß bildet die belehrende Ausstellung der Berliner Städtischen Wasserwerke. Im Mittelpunkt dieser Gruppe steht ein großer Wasserfall. An einem großen Relief endlich wird die gesamte Wasserer-sorgung Berlins gezeigt.

Auf dem Freigelände überrascht den Besucher zunächst der Lichttempel, der die Entwicklung der Gasbeleuchtung und deren Bedeutung im Stadtbild in außerordentlich reizvoller Form vor Augen führt. Eine Volks-Gas-Musterküche wird in einem Pavillon Herstellung von Speisen vorgeführt, wie sie der Berliner Bevölkerung der Städtischen Volksspeisung im Betrieb gezeigt. Es wird hier die Herstellung von Speisen vorgeführt, wie sie der Berliner Bevölkerung gegen Zahlung von nur 30 Pf. pro Liter abgegeben werden. Dieselbe Qualität des Essens wird hier in Kostproben zu billigen Preisen verabfolgt. Auf der rechten Seite des Freigeländes grünen zwei große Bohrstürme den Besucher. Diese führen zusammen mit verschiedenen Pumpenanlagen in die Wasserabteilung über.

Die Vorbefichtigung der Ausstellung.

Und 1930: „Zehn Jahre neues Berlin“?

Zu einer Vorbefichtigung dieser gewaltigen Schau der Technik „Gas und Wasser“ Berlin 1929 war gestern nachmittag die Tages- und Fachpresse des In- und Auslandes geladen. Der Direktor der Ausstellung, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin, Dr. Adolf Schick, begrüßte die zahlreich Erschienenen und sprach den in die Hunderte gehenden Mitarbeitern der Ausstellung, u. a. insbesondere den Vorstehenden der Ausschüsse, den Herren Direktoren Kühne und Schmidt und dem Ausstellungsleiter Albert Wisched, aufrichtigen Dank aus. Die Ausstellung würde sich auch für eine Stärkung der Idee der Berliner Sommer-schau aus, die auch im Jahre 1930 mit einem Ausstellungsplan „Zehn Jahre neues Ber- lin“ wahrscheinlich zur Durchführung kommen werde.

Darauf sprach als Vorsitzender des Präsidiums der Ausstellung Regierungsrat a. D. Direktor Kühne. Der Besucher der Aus-stellung solle, so führte er aus, über den Wert der Gastechnik und des Gasverbrauchs, über die Erzeugungsanlagen, die Rohstoffe, die Apparate zur Gasverwendung, über die Nebenprodukte und über die Bedeutung der Gasindustrie als Verbraucherin von Roh-stoffen, und Auftragsgeberin für wichtige Zweige der Industrie unter-richtet werden.

Die offizielle Eröffnungsfeier findet heute vormittag statt, wo-bei Oberbürgermeister Böß und Reichsminister Dr. Curtius die Ansprachen halten werden.

Aetherexplosion in München.

Vier Schwerverletzte. — Geistesgegenwärtige Helfer.

Durch die Explosion der aus großen Mengen Aethers be- stehenden Ladung eines Lastautos wurden im Bahnhofsviertel in M ünchen drei Männer und eine Frau schwer und mehrere Per-sonen leicht verletzt.

Der Aether wurde in großen Glasballons transportiert. Die Ursache der Entzündung ist nicht geklärt. Jedenfalls stammte die gefährliche Ladung plötzlich in einer haushohen Stroh- flamme empor, und fast im selben Augenblick standen die Kleider von vier Personen, die sich in der Nähe des Wagens befunden hatten, in Flammen. Geistesgegenwärtige Leute aus dem Publikum eilten den Betroffenen, die in panischer Angst davonstürzten, nach- rissen sie zu Boden und erstickten das Feuer. Inzwischen hatte der brennende Aether den Benzinmotor des Lastautos ergriffen, der eben- falls explodierte. Durch den Luftdruck wurden die Fenster-scheiben des Hauses, vor dem sich das Unglück ereignete vier große Fenster eines in der Nähe liegenden Cafés und die Koffeinhäus- einrichtung zum Teil zertrümmert. Der Chauffeur des Lastkraft- wagens erlitt schwere Verletzungen. Die Trümmer des brennenden Wagens wurden von der Feuerwehr in kurzer Zeit abgeklärt.

Jack London:



(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus).

Er führte das Glas an die Lippen.

„Ihr sollt leben, und ich hoffe, daß ihr alle mit dabei sein werdet!“

Er trank, trat vom Stuhl herab und fiel wieder in die Bärensägen Bettles’.

„Wenn ich du wäre, Daylight, so würde ich heute nicht fahren,“ rief Joe Hines, der draußen gewesen war und das Thermometer untersucht hatte. „Wir kriegen eine schöne Kälte. Es sind jetzt schon sechzig Grad, und es geht immer noch her- unter. Wart’ lieber, bis es wärmer wird.“

Daylight lachte, und die alten Kerle um ihn her lachten. „Das sieht euch Beltschnäbeln ähnlich,“ rief Bettles, „vor dem bißchen Kälte bange zu sein. Du kennst Daylight ver- dammt schlecht, wenn du meinst, daß die Kälte ihn aufhalten kann.“

„Er kriegt ja Frost in die Lunge, wenn er in der Kälte reißt,“ lautete die Antwort.

„Den Deubel kriegt er! Sieh mal, Hines, du bist erst drei Jahre in diesem Land, du hast dich noch nicht richtig daran gewöhnt. Ich hab’ Daylight fünfzig Meilen den Kopf aufwärts fahren sehen an einem Tage, als das Thermometer bei zweiundsechzig Grad in Stücke sprang.“

Hines schüttelte besorgt den Kopf.

„Gerade solche Leute kriegen Frost in die Lunge,“ warnte er. „Wenn Daylight fährt, bevor die ärgste Kälte vorüber ist, so kommt er nie durch, noch dazu, wenn er ohne Zeit reißt.“

„Es sind tausend Meilen bis Dyea,“ erklärte Bettles, indem er auf einen Stuhl kletterte und, um seinen schwan- kenden Körper zu stützen, einen Arm um Daylights Rücken schlang. „Es sind tausend Meilen, sage ich, und zum größten Teil ungedachter Weg, aber ich wette mit jedem Chechquo — so hoch er will —, daß Daylight in einem Monat in Dyea ist.“

„Das wären mehr als dreißig Meilen täglich,“ warnte Doc Watson, „und ich bin auch schon gereist. Ein Schneesturm am Chilfoot würde ihn eine Woche aufhalten.“

„Stimmt,“ sagte Bettles trocken, „und die tausend Meilen zurück wird Daylight wieder in einem Monat machen; ich wette fünfshundert Dollar, und den Schneesturm mag der Teufel holen.“

Um seiner Bemerkung Nachdruck zu verleihen, holte er einen Beutel mit Gold aus der Hosentasche und warf ihn auf den Schanktisch. Doc Watson legte seinen eigenen daneben.

„Halt!“ rief Daylight. „Bettles hat recht, aber ich will auch mit dabei sein. Ich wette fünfshundert, daß ich heute in sechzig Tagen mit der Post von Dyea in die Tür vom Ti- woli trete.“

Zweifelnde Stimmen erhoben sich, und ein Dutzend Männer holten ihre Beutel heraus. Jack Kearns drängte sich vor, so daß Daylight ihn bemerkte.

„Ich nehm’ dich beim Wort, Daylight,“ rief er. „Zwei gegen eins, daß du es nicht machst — nicht in sechzig Tagen.“

„Keine Wohlthatigkeit, Jack,“ war die Antwort. „Die Wette steht gleich, und es bleibt bei sechzig Tagen.“

„Siebzig Tage und zwei gegen eins, daß du es nicht machst,“ beharrte Kearns, „Fifty Mile ist weit offen und das Ufer ist unsicher.“

„Was du mir abgewinnst, gehört dir,“ fuhr Daylight fort. „Donnerwetter, Jack, du kannst mir meinen Verlust nicht auf diese Weise erstatten. Ich will überhaupt nicht mit dir wetten. Du willst nur veruchen, mir Geld zu schenken. Aber ich will dir etwas sagen, Jack, ich habe eine andere Chance. Eines Tages gewinne ich alles zurück. Wartet nur, bis der große Goldfund oben am Fluß kommt. Dann wollen wir beide ein Spiel machen, wie es sich für Männer ziemt. Bist du?“

„Er schüttelte sich die Hände.“

„Er macht es,“ flüsterte Kearns Bettles ins Ohr. „Und hier sehe ich fünfshundert Dollar darauf, daß Daylight in sechzig Tagen wieder da ist,“ fügte er laut hinzu.

Billie Rawlins ging die Wette ein, und Bettles um- armte Kearns begeistert.

„Bei Gott, die Wette halte ich,“ sagte Dlaf Henderson und zog Daylight von Bettles und Kearns weg.

„Wer gewinnt, gibt aus!“ rief Daylight und schlug ein.

„Und ich bin sicher, daß ich gewinne, sechzig Tage sind eine lange Zeit zwischen zwei Gläsern, und darum bezahle ich

jezt. Sagt, was ihr haben wollt, ihr Hoochjinoos! Sagt, was ihr wollt!“

Mit einem Glas Whisky in der Hand kletterte Bettles wieder auf seinem Stuhl und, hin und her schwankend, sang er das einzige Lied, das er kannte:

„Oh, it’s Henry Ward Beecher
And Sunday-school teachers
All sing of the sassafras-root:
But you bet all the same,
If it had its right name,
It’s the juice of the forbidden fruit.“

Und die ganze Bande sang den Refrain:

But you bet all the same,
If it had its right name,
It’s the juice of the forbidden fruit.“

Die Tür wurde geöffnet. Ein unsicheres, graues Licht strömte herein.

„Es wird hell, der Tag bricht an!“ rief eine Stimme mahnend.

Ohne sich auch nur einen Augenblick zu bedenken, stürzte Daylight zur Tür und zog die Ohrenklappen herunter.

Kama stand draußen neben dem Schlitten, einem langen schmalen Gerät, sechzehn Zoll breit und siebeneinhalb Fuß lang, mit einem sechs Zoll über den stählernen Rufen liegenden Holzboden. Die leichten Kupfsäcke, die die Post enthielten, sowie Proviant für Hunde und Menschen waren mit Riemen aus Elenhaut darauf festgebunden. Vor ihm lagen in einer Reihe fünf weißberestete Hunde. Es waren Huskies (eine Art Wolfshund), die in ihrer ungewöhnlichen Größe und grauen Farbe zueinander paßten. Von ihrer grimmigen Schnauze bis zu den buschigen Ruten glichen sie lebens- großen Waldwölfen. Sie waren Wölfe, zwar zahme, aber doch Wölfe in ihrer ganzen Erscheinung wie in ihrem Wesen. Oben auf dem Schlitten lagen zu augenblicklichem Gebrauch bereit zwei Paar Schneeschuhe.

Bettles zeigte auf einen Schlackack aus Polarkajenfell, der aus einem Sack herausquakte.

„Das ist ein Bett,“ sagte er. „Sechs Pfund Kaninchen- fell. Das Wärmste, worunter er je geschlafen hat, aber ich will verdammt sein, wenn mich das warm halten könnte, und ich kann doch was vertragen. Daylight ist das reine Höllenfeuer.“

„Ich möchte nicht der Indianer sein,“ bemerkte Doc

Watson.

(Fortsetzung folgt.)

Das Wochenende der Handelsangestellten.

Stadtverordnetenbeschluss fordert 5-Uhr-Ladenschluss vor Sonn- und Festtagen.

Um die Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen die Handelsangestellten seit Jahrzehnten. Was sie bisher erreicht haben, danken sie der Sozialdemokratie. Gegen weitere Verkürzung bringen die rechtsstehenden Parteien heute noch dieselben sadenstehenden „Gründe“ vor, durch die sie schon vor Jahrzehnten sich als Feinde der Angestellten entlarvt. In der Stadtverordnetenversammlung mühten sie gestern sich das von unsern Genossen Publiß um die Ohren schlagen lassen, als sie sich gegen die Forderung wandten, vor Sonn- und Festtagen den 5-Uhr-Ladenschluss einzuführen. Ein Antrag der Kommunisten hatte verlangt, der Magistrat solle sich zu diesem Zweck mit dem Polizeipräsidenten in Verbindung setzen. In der Ausschussberatung wurde aber auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Reichsregierung und dem Reichstag auf eine entsprechende Bestimmung des Arbeitsschutzgesetzes hinzuwirken. Genosse Publiß stellte öffentlich fest, daß im Ausschuss der deutschnationalen Stadtverordnete Springfeld, ein Führer deutschnationaler Handelsangestellten, sich gegen einen derartigen Schritt ausgesprochen hatte. Gestern wollten die Deutschnationalen die ganze Angelegenheit durch Uebergang zur Tagesordnung abtun, aber der Versuch mißlang. Mit den Stimmen der Linken wurde der Beschluss des Ausschusses bestätigt.

In der Sitzung am Dienstag hatte der Redner der kommunistischen Fraktion, Lange, behauptet, die SPD. wolle durch ihren Fraktionsvorsitzenden Dr. Lohmann loswerden und die Fraktion sei an die Kommunisten herangetreten, um Material gegen Dr. Lohmann zu erhalten. Die „Rote Fahne“ hatte diese Ausführungen noch mit dem Zusatz verschärft, die SPD. hätte Geld dafür geboten. Zu diesen Behauptungen gab gestern vor Eintritt in die Tagesordnung der jetzige Fraktionsvorsitzende, Genosse Statau, folgende

Erläuterung:

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 16. April dieses Jahres hat der Stadtverordnete Herr Frh. Lange als Redner der kommunistischen Fraktion bei Behandlung der Angelegenheit der Neueinrichtung des Städtischen Presseamts nach dem vorliegenden, bis jetzt unfortschrittlichen Stenogramm unter anderem folgendes ausgeführt:

„Die sozialdemokratische Fraktion wolle ihren Lohmann auf jeden Fall los sein, und wie bedürftig sie war, Lohmann loszuwerden, beweist, daß Sozialdemokraten zu uns gekommen sind aus dieser Fraktion, um uns um Material zu bitten gegen Lohmann, damit sie den Mann endlich los werden. Wir waren selbstverständlich so freundlich und haben das Material der sozialdemokratischen Fraktion überlassen.“

Demgegenüber stelle ich namens und im einstimmig erstellten Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion fest: Unser früherer erster Fraktionsvorsitzender Dr. Lohmann hat sein Amt als Fraktionsleiter bei Eintritt seiner jetzigen Stellung, die eine gleichzeitige Tätigkeit als erster Fraktionsvorsitzender ausschloß, freiwillig niedergelegt. Er war bei jeder Neu- oder Wiederwahl bis dahin einstimmig gewählt worden. Aus der Form und der Art des ihm einstimmig von der Fraktion bei seiner Amtsniederlegung gezeigten Dankes war zu schließen, daß auch in diesem Jahre Dr. Lohmann wie der gesamte übrige Fraktionsvorstand wiedergewählt worden wären, wäre Dr. Lohmann aus dem angegebenen Grunde nicht zurückgetreten. Hieraus schon, wie aber auch aus der Haltung, die die sozialdemokratische Fraktion gegenüber der kommunistischen Fraktion aus den bei den Sitzungen zuletzt dargelegten Gründen bisher eingenommen hat und auch weiterhin einnehmen muß, geht hervor, daß nur in Verdringung der Tatsachen behauptet werden kann, die sozialdemokratische Fraktion als solche oder deren Vorstand hätten Material gegen Dr. Lohmann verlangt und erhalten. Alle in diesem Zusammenhange gemachten Bemerkungen des kommunistischen Redners sind erweislich unwahr.

Die Art der Ausführung kennzeichnet Redner und Fraktion, die beide wohl auch bei dieser Angelegenheit in Verbindung zu bringen sind mit der Berichtserstattung in Nr. 89 der „Rosen Fahne“ vom 17. April d. J., die die stenographisch festgelegten unwahren Behauptungen des kommunistischen Redners noch durch den Hinweis steigert, „daß die SPD. für das Material gegen Lohmann Geld geboten habe“. Das Blatt wird die Verantwortung für seine unerhörten Anwürfe, für seine verächtliche Berichtserstattung zu übernehmen haben. Der kommunistische Redner hatte zunächst von einer Mehrzahl von Sozialdemokraten gesprochen, die Material verlangt haben sollen. Später hat er aber nur ein einziges Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion bezeichnet.

Wenn ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion in dieser Sache mit Kommunisten in Verbindung getreten ist aus Gründen,

die von ihm vielleicht als einwandfrei erachtet wurden — nach seinen eigenen Erklärungen keineswegs um gegen Dr. Lohmann vorzugehen —, so trägt hierfür allein dieses Fraktionsmitglied die Verantwortung.

Die Kommunisten verkühten, sofort zu dieser Erklärung Stellung zu nehmen; der Vorsteher, Genosse Haß, verwies sie aber auf Grund der Geschäftsordnung auf spätere Zeit. — Um 7 Uhr fanden die Abstimmungen zu einer großen Anzahl Tagesordnungspunkte statt. So wird beschlossen, den König-Wilhelm-Turm im Grunewald in

Grunewald-Turm umzubenennen.

Die Deutschnationalen hatten eine namentliche Abstimmung durchgeführt, der Antrag der Kommunisten, den Namen „Karl-Liebknecht-Turm“ zu wählen, wurde abgelehnt. Die Einbeschließung der Ortsteile Köpenick, Tempelhof und Reinickendorf in die städtische Müllabfuhr fand die Zustimmung der Versammlung. — 2 Millionen Mark wurden für die weitere Förderung landwirtschaftlicher Meliorationen und für den Gartenbau bewilligt. Für den Schulneubau in Rausdorf wurde eine Nachforderung von 136 000 M. genehmigt. Nach einer längeren Debatte wurde dem Vertrag zwischen der Stadt Berlin und dem Reichsverkehrsministerium wegen der Ueberlassung des Driher Geländes, westlich der Budomer Chaussee, an das Reich zugestimmt. Bekanntlich soll auf dieses Gelände die Versuchsanstalt für Luftschiffahrt verlegt werden. Beschlossen wurde dann noch der Erwerb des Flugplatzes Staaken und der Um- und Ausbau des Spielplatzes in der Rahbachtstraße.

Um den 5-Uhr-Ladenschluss.

Um die frühere Schließung der Geschäfte an den Sonnabenden ging es in einer dann folgenden Aussprache. Kurz vor Weihnachten hatte die sozialdemokratische Fraktion beantragt, der Magistrat möge sich dafür einsetzen, daß am Tage vor Weihnachten die Geschäfte um 5 Uhr geschlossen werden. Unser Antrag wurde damals angenommen. Die Kommunisten gingen in einem Antrag darüber hinaus und beantragten daselbe für alle Sonnabende. Dieser Antrag kam gestern zur Verhandlung. Die Deutschnationalen (einschließlich ihrer „Arbeiterabgeordneten“) wollten ganze Arbeit machen und beantragten den Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag. Selbstverständlich, daß auch die Wirtschaftsparteiler dagegen waren. Genosse Publiß machte namens unserer Fraktion darauf aufmerksam, daß es weniger auf den Polizeipräsidenten, der um die Anordnung des früheren Ladenschlusses angegangen wird, ankomme, als auf die Beeinflussung der Gesetzgebung. Die Einwände gegen einen früheren Ladenschluss seien so alt, wie die Forderung danach. Sie wurden vorgebracht beim 9., 8., beim 7-Uhr-Ladenschluss. Aber die jedesmal vorgebrachten Befürchtungen sind bis heute noch nicht Tatsache geworden. Genosse Publiß gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Stellungnahme einer so großen Kommune, wie Berlin es ist, nicht ohne Einfluß auf die Gesetzgebung sein kann; er bat daher um Annahme der von den Sozialdemokraten beeinflussten Ausschussentscheidung, wonach der Magistrat ersucht wird, bei den gesetzgebenden Körperschaften dahin zu wirken, daß im Arbeitsschutzgesetz entsprechende Bestimmungen festgelegt werden. Nach einer Rede des Stadtverordneten Linke (Dnat.), der hervorhob, daß es auch Angestellte gäbe, die wissen, was sie der Wirtschaft, ihrem Chef und sich selbst schuldig sind — er meinte offenbar den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband — und den früheren Wochenend-Ladenschluss ablehnten, wurde dann auf Antrag der Rechten des Hauses wieder einmal namentlich abgestimmt. Der Antrag wurde in der Ausschussfassung angenommen.

Gefahrenzulage für die Feuerwehr.

In einem Antrag fast aller Parteien des Hauses wird der Magistrat ersucht zu prüfen, ob bis zur erfolgten Nachprüfung der von den Organisationen beantragten anderweitigen Gehaltsgruppen der Feuerwehrbeamten, ihnen eine angemessene, laufende Gefahrenzulage gezahlt werden kann. Die sozialdemokratische Fraktion hatte sich selbstverständlich diesem Antrag angeschlossen, darüber hinaus aber noch eine Anfrage ähnlichen Inhalts gestellt: Es wurde gefragt, was geschehen ist, um den Beamten zu helfen, die Schaden im Dienst erlitten haben und ob der Magistrat eine Summe zur Verfügung stellen wolle, um den Feuerwehrbeamten, die an besonders gefährdeten Stellen Dienst tun, eine einmalige Entschädigung zu geben, die Kommunisten hatten, wie immer, einen eigenen Antrag gestellt. Der Ausschuss hatte beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, den Feuerwehrbeamten, die vom 1. Oktober 1928 bis 15. März 1929 ganz oder teilweise im Ruhestande tätig waren, eine einmalige Zuzahlung von 200 Mark zu gewähren. Die Versammlung beschloß dementsprechend. Das Bestehen einer

Koalition zwischen Kommunisten und Deutschnationalen

zeigte sich im Verlauf der Sitzung wieder einmal bei einem Antrag der Moskauer, am kommenden Dienstag eine außerordentliche Sitzung abzuhalten. In treuer Waffenbrüderschaft stimmten die Deutschnationalen mit den Kommunisten und so war die Sitzung geschlossen, obwohl der Vorsteher darauf aufmerksam gemacht hatte, daß es gegen seine Dispositionen sei. Wenn es gegen Sozialdemokraten geht, halten die beiden Parteien stets gute Freundschaft.

Ein Leichensfund im Karpfenteich.

Nord oder Freitod?

Gestern nachmittag war in Buch an der Bernauer Vorortstraße das Gerücht von einem Morde verbreitet. In einem Karpfenteich wurde dort ein etwa dreißigjähriger Mann aus dem Wasser gezogen. Das Gesicht des Toten wies starke Verletzungen auf, so daß ein Verbrechen vermutet wurde. Die Reserveordkommission unter Leitung des Kriminalkommissars Dr. Barisch begab sich daraufhin sofort an den Fundort und nahm die Ermittlungen auf.

Zwischen Buch und Schönerlinde sind mehrere Karpfenteiche. Arbeiter, die gestern nachmittag an den kleinen Gewässern vorbeikamen, sahen in einem der Teiche im seichten Wasser eine männliche Leiche liegen. Die hinzugerufene Polizei holte den Toten an Land. Die Leiche war schon stark in Verwesung übergegangen, am Kopf zeigten sich starke Verletzungen; in den Taschen des Mannes wurden mehrere Schrottersteine entdeckt. Wie bald festgestellt werden konnte, rührten die Verletzungen nicht durch Stöße oder Stiche her, sondern sind durch Ratten und anderes Raubzeug verursacht worden. Bei dem Toten wurden weder Geld noch Papiere vorgefunden. Offenbar handelt es sich um einen Wanderburschen; die ganze Kleidung läßt darauf schließen.

Verdächtig erscheint besonders der Umstand, daß in den Taschen des Unbekannten Steine vorgefunden wurden, die, falls ein Verbrechen vorliegt, wahrscheinlich dazu dienen sollten, die Leiche

künstlich zu beschweren und ein Hochkommen an die Oberfläche zu verhindern. Andererseits ist es aber auch möglich, daß der Mann vor längerer Zeit den Freitod gesucht hat und erst jetzt bei dem durch das wärmere Wetter einsetzenden Auftrieb hochgekommen ist.

Der Tote ist etwa 1,70 Meter groß; er trug blaue Hose, graues Jackett und hatte derbe abgetragene Schnürstiefel an.

Diebin und Hellscherin.

Gutmütigkeit, die schlecht belohnt ward.

Die Gutmütigkeit der Frau W., die eine fränke Aufwärtlerin Martha Persecke bei sich wohnt, sie verpflegte und ihr noch 50 Mark für einen Arzt gab, wurde schlecht belohnt.

Nicht nur, daß es dauernd Krach zwischen ihrer Untermieterin und der Frau W. gab, stellte sich heraus, daß der Untermieterin zwei Kleider gestohlen waren, und wenig später mußte die Wirtin feststellen, daß ihre Brillantenuhr und eine Brillantnadel aus der Koffette fehlten. Martha Persecke war selbst eifrig dabei, den Täter zu ermitteln und führte die Wirtin zu einer Hellscherin, die den Diebstahl aufklären sollte. Diese Hellscherin erklärte aber nur, daß Frau Persecke auf keinen Fall als Diebin in Frage käme. Trotz all dieser Bemühungen, den Verdacht von sich abzulenkten, wurde Frau Persecke bald festgenommen. Die Polizei stellte fest, daß sie eine zweifach bestrafte

Diebin ist. Gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte bestritt sie ganz energisch, die Brillanten, die von der Polizei nicht gefunden werden konnten, gestohlen zu haben. Die beiden Kleider, die sie ihrer Mutter geschickt hatte, wollte sie von der Wirtin geschenkt erhalten haben. Die Zeugenaussagen ergaben jedoch hauptsächlich, daß das Gerücht große Mühe hatte, den Tatbestand festzustellen. Frau W. erklärte meidend, daß die Brillanten ihr einziger Besitz aus besseren Tagen gewesen wären. Die Untermieterin hatte bei der arbeitslosen Angeklagten einmal einen Hundertmarkschein gesehen. Außerdem behauptete sie, daß Frau Persecke sie öfters gefragt hätte, ob sie sich nicht einmal die Brillanten der Wirtin ansehen wollte.

Das Gericht verurteilte auf Grund dieser Indizien die Angeklagte wegen Diebstahls im Rückfall zu 1 Jahr Gefängnis.

11 Tote, 46 Verletzte.

Das Eisenbahnunglück bei Brüssel.

Nach den neuesten Berichten der französischen Presse über das Unglück des D-Zuges Paris — Brüssel ergibt sich, daß die Katastrophe 11 Tote, 15 Schwerverletzte und 31 Leichtverletzte zur Folge gehabt hat. Die mit großer Beschleunigung durchgeführten Aufklärungsarbeiten haben den Mittwoch und einen großen Teil der Nacht auf Donnerstag in Anspruch genommen. Die Strecke konnte inzwischen wieder dem Verkehr übergeben werden.

Die Pockenkrankungen in Eng'and.

„Keine ernste Gefahr“, sagt der Gesundheitsminister.

London, 18. April.

Ueber die Pockengefahr, die durch die Erkrankungen an Bord des aus Bombay eingelaufenen Dampfers „Tiscania“ entstanden ist, erklärte der Gesundheitsminister im Unterhaus auf eine Anfrage, es seien an Bord des Dampfers im ganzen 43 Erkrankungen festgestellt worden, von denen sieben tödlich verliefen. Die strengen Maßnahmen, die man gegen eine Weiterverbreitung der Krankheit ergriffen habe, haben sich anscheinend als wirksam erwiesen. Das Eintreffen des Schiffes in England liege nunmehr schon 17 Tage zurück, und die Gefahr einer schweren Epidemie könne als beseitigt gelten. Mit einzelnen neuen Erkrankungsfällen könne unter Umständen aber immer noch gerechnet werden.

Das Amsterdamer Riesenfeuer.

Der größte Brand seit vielen Jahren.

Das Palais voor Volkslijst, einer 1864 erbauten und später mehrfach erneuerten Ausstellungshalle auf dem Frederic Plein in Amsterdam, die mehrere Restaurants und ein neues Theater enthielt, ist, wie wir melden, niedergebrannt. Der Brand war der größte, der sich seit Jahren in Amsterdam ereignet hat. Die Luft war derart, daß die Bewohner in der Nachbarschaft aus ihren Häusern flüchten mußten. Die Feuerwehr mußte sich auf den Schutz der angrenzenden Baulichkeiten beschränken. In den Morgenstunden war das Hauptgebäude ziemlich niedergebrannt. Auch die Flügelbauten waren von den Flammen ergriffen worden.

Gestern vormittag wütete das Feuer, wenn auch in geringerem Umfange, noch immer fort, so daß der gesamte Gebäudekomplex mit dem Theater als verloren angesehen werden muß. Auch eine hinter der brennenden Halle gelegene Galerie mit zahlreichen Geschäftsräumen wurde in Mitleidenschaft gezogen. Der Straßenverkehr mußte umgeleitet werden. Die Ursache des Brandes ist noch nicht aufgeklärt. Man vermutet eine Explosion.

Auto fährt in Arbeitergruppe.

Fünf Personen überfahren.

Gestern nachmittag ereignete sich in der Kankestraße in Charlottenburg ein schwerer Unfall, bei dem fünf Arbeiter verletzt wurden.

Vor dem Hause Kankestraße 5 waren eine größere Zahl von Pockern mit dem Verladen von Kisten auf einen Wagen beschäftigt. Der Führer einer herannahenden Autodroschke geriet beim Ueberholen eines anderen Fahrzeuges mit seinem Wagen ins Schleudern und fuhr in die Arbeitergruppe hinein. Während drei Personen glücklicherweise mit leichten Verletzungen davonsamen, mußten der 28jährige Packer Richard W. aus der Residenzstraße in Reinickendorf-Ost und der 22jährige Herbert L. aus Lichtenberg, Kankestraße, ins Wilmersdorfer Krankenhaus in der Achenbachstraße gebracht werden.

Freie Bahn dem Auto im Grunewald.

Der Magistrat hat beschlossen, das Projekt einer freien Parallelfahrt zur Avus in Angriff zu nehmen. Die Tiefbaudeputation wird beauftragt, einen Entwurf und eine Kostenaufstellung für den Ausbau der Kronprinzessinnenallee zu einer öffentlichen Automobilstraße zwischen Reichstanzlerplatz und Bessinghof herzustellen und mit den Vorarbeiten hierfür sofort zu beginnen.

Das Deutsche Theater bleibt heute (Freitag) wegen Vorbereitungen zur morgigen Erstaufführung von „Paukus unter den Juden“ geschlossen.

Immer wieder

werden Sie von Kennern hören, daß Kaffee Hag jedem anderen Bohnenkaffee feinsten Qualität in Geschmack und Aroma ebenbürtig ist. Er hat aber noch den besonderen Vorzug, daß er coffeinfrei, daher vollkommen unschädlich und jedem zu jeder Stunde köstlich ist.

Selbst Ihrem Kinde dürfen Sie Kaffee Hag unbedenklich geben. Fragen Sie den Arzt, er wird es Ihnen bestätigen.

„Ausharren und Durchhalten!“

Severing spricht in Friedrichshagen.

Die Friedrichshagener Parteigenossen veranstalteten gestern abend im überfüllten Gesellschaftsraum eine Kundgebung, auf der Reichsminister des Innern Genosse Karl Severing sprach.

Einleitend trug der Gesangsverein „Eintracht“ einige Kampflieder vor und Theo Maret sprach „Die Fabrikpeise“. Dann stand, stürmisch begrüht, Genosse Severing am Rednerpodium und sprach über das Thema „Sozialdemokratie in der Reichsregierung“. Er sagte: Wenn die Sozialdemokratie vor fünfzehn Jahren die Regierungsgewalt in die Hand bekommen hätte, wäre es ihr eher möglich gewesen ihre Programmforderungen zu erfüllen. Damals war Deutschland wirtschaftlich gesund. Als die Sozialdemokratie durch den Umsturz Macht und Einfluß gewann, war Deutschlands wirtschaftliche Macht zerbrochen. In den zehn Jahren deutscher Republik ist vieles verbessert worden. Die sozialdemokratischen Minister haben sich nicht ein, daß sie alle Wünsche der werttätigen Bevölkerung sofort erfüllen können. Die Finanznot des Reiches zwingt, vieles hinauszuschieben. Die Sozialdemokratie hat das Pech, daß sie immer nur dann zur Regierung berufen wird, wenn die anderen nicht mehr aus noch ein wissen. Sollen wir deshalb von der Regierungsarbeit fernbleiben? Das wäre unsinnig. Unser Verbleiben in der Reichsregierung ist eine reine Machtfrage, und ich habe die Hoffnung, daß die Sozialdemokratie eines Tages so stark im Parlament vertreten sein wird, daß keine noch so geschlossene Opposition sie von der Regierung fernhalten kann. Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung ist wahrhaftig keine Honigfederel. In den letzten Wochen ist häufig von Diktatur gesprochen worden. Es sind keine Diktatoren da, dafür aber die sozialdemokratischen Wählermassen, die jedem Versuch zur Errichtung einer Diktatur sich energisch entgegenstellen würden. Für die Sozialdemokratie gilt das Wort: Ausharren und durchhalten auch in der Reichsregierung! Stürmischer Beifall zeigte dem Genossen Severing, daß seine Ausführungen eine begeisterte Aufnahme gefunden hatten.

Der Vorsitzende Genosse Engel dankte dem Redner. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Veranstaltung geschlossen.

Die Untersuchung in Jannowitz.

Rückkehr der Kommission Hoppe nach Berlin.

Gestern haben die drei Berliner Kriminalbeamten Kriminalrat Hoppe, Kriminalkommissar Brauchwig und Kriminalsekretär Dreynhaupt aus Plegnit Hirschberg verlassen. Damit haben ihre Ermittlungen in der Jannowitzher Mordaffäre ihren Abschluß gefunden. Das von ihnen gesammelte, sehr umfangreiche Material geht nunmehr an den Untersuchungsrichter.

Geld wollte er haben!

Der Ueberfall auf den Wohlfahrtspfleger.

Zu dem Ueberfall auf den 51jährigen Wohlfahrtspfleger Erich Ostermann, der gestern mittag, wie wir kurz berichteten, in seiner Wohnung in der Wilmersdorfer Straße von dem Arbeiter Wilhelm Rabe durch Messerstiche schwer verletzt wurde, wird mitgeteilt:

Der Täter hatte bereits des öfteren wegen Erhöhung seiner Unterstützung bei Ostermann vorgeschrien. Beschwerde führend hatte er sich zu gleicher Zeit auch an den Charlottenburger Magistrat gewandt; er wurde jedoch wieder an den zuständigen Wohlfahrtspfleger zurückverwiesen. Rabe glaubte, daß er nun mehr Geld bekommen würde. Es waren ihm aber in Wirklichkeit Zuwendungen von Lebensmittellkarten bewilligt worden. Als er sich in seinen Hoffnungen getäuscht sah, geriet Rabe derart in Wut, daß er ein Messer zückte und es Ostermann in die Brust stoßen wollte. Durch eine rasche Handbewegung gelang es O., den Stich abzuwehren. Dabei wurde er jedoch an Arm und Hand schwer verletzt. Im Krankenhaus mußte Ostermann einer Operation unterzogen werden.

Vor Hunger ohnmächtig.

Belle-Alliance-Platz. Ein hochaufgeschossener Mensch torkelt, macht unsichere, schwankende Bewegungen, droht jeden Augenblick hinstürzen. Der abgehobene Regenmantel und der Gummizug deuten auf einen arbeitslosen, allenfalls einen kleinen, schlechtbezahlten Angestellten.

„Wie besoffen der ist,“ stüstert jemand. Der Taumelnde schleppt sich bis zur nächsten Bank, fällt erschöpft darauf nieder und schließt die Augen. Plötzlich stöhnt er leise, wie wenn er Schmerzen hätte. Es ist sicher, daß der Mann nicht betrunken ist. Einer fragt ihn, was er habe. Man rüttelt ihn, da stüstert er kaum hörbar: „Hunger.“

Ein kleines Bureau mädchen zieht sofort übriggebliebene Stullen heraus. Der Mann greift wild danach. Doch die Hand ist zu schwach,

das Brot fällt auf den sandigen Boden, ein brechender Blick folgt ihm. Zum Glück hat das Mädchen noch eine Stulle da. Diesmal hält er sie krampfhaft fest. Der Mund kaut gierig, die Hände zittern wie im Fieber. Unterdessen hat sich eine Menschenmenge angeammelt, jeder gibt etwas, einen Brot, der andere Geld. Der Hungernde scharfhaftig alles zusammen; seine Augen leuchten schwach auf. Für heute hat er zu essen, für morgen vielleicht auch. Aber wenn der kleine Vorrat verbraucht ist? Dann ist wieder daselbe Elend da!

Feuer auf Schloß Jähnsdorf.

Durch ein Großfeuer wurde gestern abend das gesamte Dachgeschoss des Schlosses in Jähnsdorf, etwa eine Meile südlich von Mahlow, eingestürzt. Zur Unterstützung der freiwilligen Feuerwehren der umliegenden Ortschaften, die in großer Zahl zur Stelle waren, wurde die Siedleradener Wehr zur Hilfeleistung herangezogen. Wassermangel erschwerte die Löscharbeiten, doch gelang es schließlich durch die aufopferungsvolle Tätigkeit der Feuerwehren, das Gebäude vor völliger Vernichtung zu schützen. Der Schaden ist erheblich. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch unbekannt.

Eine üble Ratte.

In Hagerswertha wurde ein Eisenbahnbeamter auf dem Nachhausewege von einer Bisamratte angefallen. Das Tier biß sich in den Keibern des Beamten fest, der die fünf Pfund schwere Ratte durch einen Stodhieb erlegte.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Kandidaturen in Sachsen.

Der außerordentliche sozialdemokratische Bezirkstag des Bezirks Leipzig stellte am Sonntag für die am 12. Mai stattfindenden Landtagswahlen folgende Wahlliste auf: 1. Liebmann-Leipzig, 2. Thiel-Leipzig, 3. Mader-Wurzen, 4. Neu-Leipzig, 5. Rebrüg, 6. Nag Müller-Mittweida, 7. Ferkel, 8. Gustav Adolf Müller 9. Vogel, 10. Boldt.

Der Bezirksparteitag für den Wahlkreis Dresden-Bauhen beschloß folgende Kandidaturliste: Edel-Dresden, Wedel-Dresden, Frau Thümmel-Dresden, Dobbert-Reißen, Schwarz-Heidenau, Ebert-Dresden, Schleinig-Freitrit, Schulze-Coffebau, Wehle-Bauhen, Krndt-Dresden, Gätler-Neugersdorf, Geiser-Dresden, Schöning-Zittau, Tempel-Freiberg, Rende-Reißen, Bräuner-Radeberg, Finsterbusch-Dresden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einlagen für diese Rubrik sind bei den Bezirkssekretariaten zu richten.

Heute, Freitag, 19. April:

12a. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 19. April bei 10.00 Uhr. Vortrag: „Sozialdemokratische Kommunalpolitik in Groß-Berlin“. Referent: Stadtvorstand Paul Robinson, Vorwärtsleiter und Comptabilienführer sind willkommen.

Morgen, Sonnabend, 20. April:

20. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 20. April bei 10.00 Uhr. Vortrag: „Sozialdemokratische Kommunalpolitik in Groß-Berlin“. Referent: Stadtvorstand Paul Robinson, Vorwärtsleiter und Comptabilienführer sind willkommen.

Funkwinkel.

Wagnerbeers „Afrikanerin“ als Sendespiel: auf jeden Fall eine Oper, die auch in dieser eng begrenzten Form musikalisch unterhält. Nicht die Handlung der Oper interessiert — man versteht sie gar nicht, wenn man sie nicht bereits kennt. Aber das außerordentlich melodische Werk bringt Gesangsstimmen und Orchester zu strahlendem Funken; es ist selbst als Funkdarbietung, die ausgesprochene große Oper. Leider genügt ihren Ansprüchen nur Masada Salvini, die Afrikanerin, und Josef Schmidt, der Sänger des Vasco de Gama. Uebrigens sollte man bei diesen Operndarbietungen auf alle Geräuschimitationen verzichten. Das Orchester deutet die Situationen gerade in Wagnerbeers Opern hinreichend an — für die Hörer wenigstens, denen die Oper unbekannt ist. Und wenn sie bis dahin fremd war, der kann sich doch kein Bild von den Bühnenvorgängen machen, selbst wenn der Wind noch so realistisch pfeift und das Segelschiff wie ein Haarfesdampfer stampft. Dr. Erich Urban gab eine Einführung zu der Oper, die — trotz der musikalischen Illustrationen — merkwürdig unliebendig blieb. Er redete um das Werk herum, statt daß er es vor den Hörern aufbaute. — Rühlich war der Vortrag von Professor D. Wente, der in dem Zyklus „Der Liebhaberphotograph“ über „Neue Apparatypen“ sprach. Zu fachwissenschaftlich blieben dagegen Dr. Ing. Gelschorns Ausführungen über „Technische Ergebnisse der Reichstagsung über Wohnungsbauwirtschaft“.

22. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 22. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

21. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 21. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

122. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 122. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123a. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123a. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123b. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123b. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123c. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123c. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123d. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123d. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123e. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123e. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123f. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123f. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123g. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123g. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123h. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123h. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123i. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123i. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123j. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123j. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123k. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123k. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123l. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123l. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123m. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123m. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123n. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123n. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123o. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123o. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123p. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123p. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123q. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123q. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123r. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123r. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123s. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123s. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123t. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123t. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123u. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123u. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123v. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123v. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123w. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123w. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123x. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123x. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123y. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123y. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123z. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123z. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123aa. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123aa. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123ab. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123ab. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.

123ac. 10. Wahlbezirk-Bez. Arbeiterversammlung am 123ac. April bei 10.00 Uhr in der Aula des Saarländischen Vereins, Eintritt 10.00 Uhr, Saalöffnung 10.15 Uhr.



Form Locarno

18⁵⁰

braun Boxkalb



Form Kansas

21⁰⁰

braun Boxkalb



MERCEDES SCHUHE

Grippe, Influenza

n. a. Ernährungskrankheiten haben sich Total-Tabletten hervorragend bewährt. Im Anfangsstadium genommen, verhindern die Krankheitserkrankungen sofort. Et. not. Bestätigung sind innerhalb 6 Monaten mehr als 1500 Entschuldigungen allein aus Arztbesuchen eingegangen, darunter o. namhaften Professoren n. aus ersten Kliniken n. Krankenhaus. Überall. Erfolgreich. Fragen Sie Ihren Arzt! Total ist in allen Apotheken erhältlich. Preis Bl. 1.40

12.5 Lith., 0.40 Chinin, 7.5 Acid. acet. nat. ad 100 amyli.

Löhne und Wohnungsmieten.

Ohne mehr Hauszinssteuern kann die Massen-Wohnungsnot nicht beseitigt werden.

Von 1919 bis Ende 1928 ist ein reiner Zugang von 1 638 800 Wohnungen zu verzeichnen. Nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung fehlen bis Ende 1933 über drei Millionen Wohnungen, und dann wäre noch kein nennenswerter Leerstand von Wohnungen vorhanden. Das vom Reichstag im März 1928 beschlossene Wohnungsbauprogramm setzte sich zum Ziel, bis Ende 1935, also in sieben Jahren, den Wohnungsbedarf zu decken. Dann müßten jährlich mehr als 400 000 Wohnungen gebaut werden.

Trotzdem ein großer Wohnungsbedarf nachgewiesen ist und Arbeiterfamilien entweder keine oder unhygienische Behelfswohnungen haben, also im Wohnungseind stecken, macht sich doch in einzelnen Städten eine gewisse Sättigung des Wohnungsbedarfs geltend. Da wirft sich von selbst die Frage auf, für wen ist eigentlich gebaut worden? Man gewinnt den Eindruck, daß bislang der Bedarf von sozial bestergerstellter Arbeiter-, Angestellten-, Beamten und Mittelständlern gedeckt worden ist, nicht aber für die Masse der Lohnarbeiter.

Baufkosten und Lebenshaltung.

Das hängt zweifellos damit zusammen, daß der Arbeiter die hohen Neubaumieten nicht bezahlen kann. Die Kosten einer Wohnung, mit privatem Kapital erbaut, stellen sich auf das Zweifache bis Dreifache der Friedenskosten. Der Zinsfuß für Hypotheken betrug Dezember 1928 im Durchschnitt 10 1/2 Proz. gegen 4 bis 5 Proz. im Frieden, vereinzelt werden bis 12 Proz. Hypothekenzinsen, noch höhere Zinsen für Baukapital verlangt. Durch die Verwendung billiger und niedrig zu tilgender Hauszinssteuerehypotheken ist es möglich geworden, im Reichsdurchschnitt, die Neubaumieten bis auf etwa 170 Proz. der Friedensmiete zu senken. Kostete also im Frieden eine 60-Quadrat-Bohnhung 400 M. Miete, so stellt sich jetzt die Miete auf 680 M. pro Jahr. Die tariflichen Wochenlöhne der zahlenmäßig überwiegenden Gruppe der Facharbeiter lagen 1928 durchschnittlich auf 150,7, die Lebenshaltungskosten aber auf 152,7 Proz. des Vorkriegsstandes. Das Verhältnis zwischen Arbeitslohn, Lebenshaltungskosten und Wohnungsmieten hat sich also wesentlich verschoben.

Man schätzt das Jahreseinkommen von 80 Proz. aller Erwerbstätigen auf 1350 bis 2400 M. Dieses Einkommen ist aber nicht gleich dem Friedenslohn, denn das sind nur Bruttolöhne. Seit der Markstabilisierung sind aber die sozialen Lasten wesentlich gestiegen. Durch die Inflation hat die Invalidenversicherung fast ihr ganzes Vermögen verloren und zugleich durch den Krieg die jüngeren und mittleren Altersklassen ihrer Mitgliedschaft beraubt, während die älteren Altersklassen verhältnismäßig stark angewachsen sind. Die Folge waren höhere Beiträge. Die Verschlechterung des Gesundheitszustandes zwang die Krankenkassen ebenfalls zur Beitragserhöhung. Hinzu kam die Erwerbstätigenversicherung, so daß der Arbeiter heute erheblich höhere Sozialbeiträge vom Lohn gekürzt erhält. Sie machen insgesamt 8 Proz. des Arbeitslohnes aus. Das ist bei 1500 M. Jahreseinkommen 120 M., bei 2400 M. Einkommen 192 M. Wohnabzug für soziale Beiträge. Hinzu kommt der Abzug der Lohnsteuer. Bei Industriearbeitern mit teilweise sehr weitem Wege zur Arbeitsstätte kommen noch die Fahrspesen hinzu.

Im Frieden betrug der Anteil der Miete 18 bis 20 Proz. des Lohnes. Die 680 M. Jahresmiete von heute machen bei 1500 M. Bruttoeinkommen 45 Proz., bei 2400 M. Bruttoeinkommen 29 Proz. aus. Ein solcher Mietenanteil ist für den Arbeiter nicht tragbar, unmöglich, wenn er nicht dauernd beschäftigt ist. Wie kann man aber zu erträglichen Mieten für die Arbeiterfamilien kommen, und wie kann man die hohen Neubaumieten auf die der Altbaumieten jenseits, in ein angemessenes Verhältnis zum Lohn bringen?

Wesentlich ist und bleibt die Senkung der Baukosten.

Die Baukosten umfassen nicht bloß den Bodenpreis und die Errichtung des Hauses, sondern Straßen-, Wasserleitungsanlagen, sogenannte Anliegerkosten. Eine gute, vorausschauende Bodenvorratswirtschaft der Gemeinden kann wesentlich zur Senkung des Bodenpreises beitragen. Vergebung in Erbpacht kann die Spekulation mit dem Grund und Boden ausschalten. Die Anliegerkosten können verringert werden durch Trennung der Wohn- von den Verkehrsstraßen, leichten Straßenbau, Übernahme der Kosten für Wasserleitungen, Gas- und Lichtzuführung auf allgemeine Kosten. Beim Bau selbst durch gemeinwirtschaftlichen Bau, eigenen oder kooperativen Bezug oder Selbsterzeugung der Baustoffe usw.

Weitere Goldabgaben der Reichsbank.

Vor der diskontpolitischen Entscheidung.

Die Reichsbank hat in der letzten Woche, wie nach der Entwicklung am Devisenmarkt nicht anders zu erwarten war, erneut starke Gold- und Devisenvorräte verloren. Insgesamt belaufen sich die Abgaben auf rund 200 Millionen, davon 150 Millionen in Gold und 50 Millionen in Devisen. Bei den Devisenabgaben sind jedoch nur 10 Millionen dem Fonds für „bedingungsfähige Devisen“ entnommen, während der Rest aus Auslandswechselsbestand, die in dem Posten „Sonstige Wechsel und Schecks“ enthalten sind.

Trotz dieser fortgesetzten Gold- und Devisenabgaben, die mit der internationalen Geldsteuerung zusammenhängen, erscheint es aber verfehlt, von einem kritischen Reichsbankausweis zu sprechen. Die Verluste der Reichsbank an ausländischen Werten sind zwar mit etwa 745 Millionen seit Anfang Januar bereits höher als die Gold- und Devisenzugänge im ganzen letzten Jahr, doch verbleibt der Reichsbank bis zu der gesetzlich vorgesehenen Mindestdeckung von 40 Proz. noch ein gewisser Spielraum zum kommenden April-Winter.

Andererseits kann nicht verkannt werden, daß die Entscheidung der Reichsbankleitung über die Erhöhung des Reichsbankdiskonts durch diese Entwicklung herangerufen ist. Wenn sie sich noch nicht entschieden hat, so hängt dies sicherlich mit dem noch ungewissen Ausgang der Pariser Reparationsverhandlungen zusammen, ohne deren endgültigen Abschluß die Reichsbankleitung zweifellos keinen bei der gegenwärtigen Konjunkturlage so schwer-

Die Herstellungskosten und damit die Mieten selbst hängen ab einmal von der Größe der Wohnung und dann vom billigen Baukapital.

Bislang hat man Wohnungen mit 70 bis 90 und darüber Quadratmetern Wohnfläche gebaut, kam damit zu Vier- bis Fünfstimm-Wohnungen und zu entsprechend hohen Mieten. Zweifellos wurde hier das Ziel einer höheren Wohnungskultur verfolgt. Würde aber der Arbeiter eine solche Wohnung mangels anderer Unterkunft mieten, dann nahm er meist noch eine Familie oder mehrere ledige Personen als Untermieter auf.

die Wohnungskultur ging zum Teufel, nur das Wohnungselend blieb.

Die Reaktion auf diese Zustände war der Vorschlag, Kleinstwohnungen zu bauen. Als solche sah man Wohnungen mit Stube, Kammer, Küche im kleinsten Ausmaß in einer Gesamtwohnfläche von 35 bis 38 Quadratmetern an. Diese Kleinstwohnungen können für alte Ehepaare, Ledige oder zum vorübergehenden Aufenthalt auch junger Ehepaare in Betracht kommen, wenn sie nicht in Mietkellern eingetapelt sind, sondern im Freien liegen.

Darum beschloß auch der Reichstag, in seinem Wohnungsbauprogramm Wohnungen mit zwei bis drei Zimmern und Küche zu bevorzugen. Das geforderte Bad für jede Wohnung hatte die Mehrheit des Wohnungsausschusses gestrichen. Dann läme man zu Wohnungen, die zwischen 48 bis 60 Quadratmeter Wohnfläche haben.

Bisher kostete der Bau einer Wohnung im Reichsdurchschnitt 10 000 M. Diese Kleinstwohnung dürfte sich im Durchschnitt für 6000 M. herstellen lassen. Man könnte mit denselben Mitteln mehr Wohnungen herstellen und das Bedürfnis der Arbeiter befriedigen, dabei aber immer noch ihrem Kulturbedürfnis Rechnung tragen.

Freie Wirtschaft kann nicht helfen.

Bei 10,5 Proz. Hypothekenzinsen würden neben den Betriebskosten 8000 M. Baukosten immer noch etwa 1000 M. Miete bedingen. Das kann der Arbeiter nicht zahlen. Deshalb scheidet auch die freie Wirtschaft für den Arbeiter-Wohnhausbau aus.

Darum hat man die Hauszinssteuer zum Wohnungsbaubezweck herangezogen und sie zu 1 oder 2 Proz. amortisiert. Von dem Anteil der Hauszinssteuerhypothek hängt die Miethöhe ab. Würden bei einem Baupreis von 8000 M. 2000 M. 1. Hypothek zu 8 Proz., 5000 M. Hauszinssteuerhypothek zu 1 Proz. und 1000 M. Eigenkapital zur Deckung verwendet, dann würde sich die Miete stellen:

2 000 M. zu 8 Proz.	160 M. Zinsen
5 000 „ „ 1 „	50 „
1 000 „ „ 6 „	60 „
1/2 der Zinssumme	90 „ Betriebsunt.
	<hr/> 360 M.

Nimmt man 20 Proz. des Nettolohnes als Höchstleistung für Miete an, dann wären bei 1500 M. Jahresverdienst, abzüglich 120 M. Sozialbeiträge, 276 M. Miete, bei 2400 M. abzüglich 192 M. Sozialbeiträge, 448 M. Miete tragbar. Obige Miete wäre also annähernd richtig.

Nun ist aber der Ertrag der Hauszinssteuer begrenzt. Im Jahre 1928 brachte sie zirka 1600 Millionen Mark, von denen 820 Millionen Mark für den Wohnungsbau verwendet wurden, der Rest für Verwaltungsausgaben der Länder und Gemeinden. Bei Verwendung von 5000 M. Hauszinssteuerhypotheken würden aber nur 160 000 Wohnungen pro Jahr erbaut werden können, während mehr als 400 000 Wohnungen pro Jahr gebraucht werden. Man würde also zu wählen haben zwischen billiger Miete und längerer Wohnungsnot, oder höherer Miete und mit der Gefahr, daß die Arbeiter im Wohnungselend noch jahrelang stecken bleiben, eventuell die Wohlfahrtskassen der Gemeinden anschwellen.

Aus der Darlegung ergibt sich, wie sehr die Forderung der Sozialdemokratie nach reiflicher Verwendung der Hauszinssteuererträge für den Wohnungsbau grundsätzlich berechtigt ist. In dem Notjahr 1929 wird das Ziel nicht erreichbar sein. Aber es müssen zu diesem Ziel Wege gesucht werden. Sinngemäß wird die Hauszinssteuer ihren Zweck nur erfüllen, wenn sie nicht wie heute größtenteils in Verwaltungsausgaben untergeht, sondern zur Erhöhung des Nationalvermögens beiträgt. Diese Aufgabe erfüllt sie am besten, wenn mit ihr Wohnungen geschaffen werden, die der Arbeitskraft des Volkes ein gesundes Obdach sichern.

R. Lipinski.

Kalimagnaten ziehen Bilanz.

Glänzende Abschlüsse im Salzdetturh-Konzern.

Betriebsabschlüsse mit Bombengewinnen und Klagelieder im Geschäftsbericht passen sehr schlecht zusammen. Die Verwaltung des Salzdetturh-Konzerns wird sich daher auch von ihren pessimistischen Ausführungen keinen Eindruck in der Öffentlichkeit verschaffen. Sie ist auch mit ihren sehr schwachen Argumenten der letzten Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung nicht in der Lage, die Forderungen der Verbraucher auf eine Senkung der überhöhten Kaufpreise zu widerlegen, denn die Gewinnungsweise aller drei Gesellschaften dieses Konzerns reden eine zu deutliche Sprache. Der gesamte Rohgewinn bei Salzdetturh, Westeregeln und Wärsleben stieg von 17 auf 22,5 Millionen Mark, also um mehr als 30 Proz. Obwohl der ausgewiesene Reingewinn von 6,1 auf 8,7 Millionen Mark angewachsen ist, bleiben die Dividendensätze mit 15 Proz. bei Salzdetturh und mit je 10 Proz. bei den beiden anderen Gesellschaften die gleichen wie im letzten Jahr. Auf diese Weise kann Salzdetturh rund 1,2 Millionen Mark und die beiden anderen Unternehmungen zusammen auch die gleiche Summe zur Auffüllung ihrer Reserven verwenden.

Daß die Anfang des Jahres vorgenommenen Kapitalerhöhungen um insgesamt 24 Millionen Mark bei den drei Konzerngesellschaften nur zum Zweck der Kapitalverwässerung vorgenommen wurden, zeigen einwandfrei die glänzenden Finanzverhältnisse des Konzerns. Die Bankguthaben wuchsen auf rund 18 Millionen Mark und die Gesamtforderungen auf mehr als 31 Millionen Mark, während die gesamten laufenden Schulden knapp 11 Millionen Mark betragen.

Von dem gesamten Kassaabfall entfielen nach dem Bericht der Verwaltung 61,2 Proz. auf das Inland und 38,8 Proz. auf ausländische Abnehmer, während im Jahre 1927 der Anteil des Auslandes sich nur auf 37,1 Proz. belief.

Mig & Genest 8 Prozent Dividende.

Reingewinn um 40 Prozent gestiegen.

Das bekannte Berliner Schwachstromunternehmen, die Mig u. Genest A.-G., konnte im letzten Jahr ihren Rohgewinn von 4,0 auf 4,25 Millionen Mark erhöhen, während die Handlungskosten bemerkenswerterweise von 2,85 auf 2,79 Millionen Mark zurückgingen. Der ausgewiesene Reingewinn von 1,15 Millionen Mark ist um gut 40 Proz. höher als im letzten Jahr.

Die Dividende wird zwar von 9 auf 8 Proz. herabgesetzt, doch werden infolge der Kapitalerhöhung im letzten Jahr von 9,6 auf 16,1 Millionen Mark diesmal mehr als eine Million Mark an Dividendengeldern erforderlich gegen nur 0,74 Millionen Mark im Vorjahr. Das Mietstelephongeschäft, dem in erster Linie die neuen Mittel aus der Kapitalerhöhung dienen, wurde im letzten Jahr mächtig ausgebaut und nach der Bilanz sind in den Mietverträgen annähernd 5 Millionen Mark mehr, insgesamt also 11,6 Millionen Mark festgelegt.

Wie die Verwaltung in ihrem Geschäftsbericht noch mitteilt, ist die Zahl der von Mig u. Genest erbauten und der Deutschen Reichspost in Betrieb genommenen öffentlichen Automatenkänter auf 23 gestiegen. Aus dem Auslande erhielt die Gesellschaft im Laufe dieses Jahres einen großen Auftrag für die Ausrüstung der gesamten Prager Rohrpost. Das Unternehmen ist für das laufende Geschäftsjahr mit Aufträgen gut versehen, unter denen sich auch wieder in stärkerem Maße Bestellungen der Deutschen Reichspost befinden.

Bayerische Papierfabrik wieder 10 Proz. Dividende bei großen Gewinnrückstellungen.

Auch bei der Bayerischen Papierfabrik A.-G. in Hammermühle stand das letzte Geschäftsjahr im Zeichen eines voll arbeitenden Betriebes, erhöhter Produktion und entsprechend gesteigerter Umsätze. Nach den bisher veröffentlichten Abschlüssen zu urteilen, war 1928 also für die Zellstoff- und Papierindustrie ein recht gutes Konjunkturjahr. Bei kaum veränderten Generalumkosten ist der Reingewinn um mehr als 40 Proz. auf 805 000 M. gestiegen, jedoch werden hiervon für die an sich hohe Dividende von 10 Proz., wie im Vorjahr, noch nicht 500 000 M. beansprucht. Von dem Restgewinn werden allein 200 000 M. in die Reserve als „Werterhaltungsfonds“ gesteckt. Da die Gesellschaft aus den laufenden Betriebsgewinnen nicht nur die Dividende von 250 000 auf 150 000 Dollar zurückzahlen konnte, sondern auch noch ihre neuen Maschinen und Umlaufvermögen „über Betrieb“ bezahlte, erscheint der Hinweis im Geschäftsbericht, daß die Preise mit den Gestehungskosten nicht immer in Einklang zu bringen waren, reichlich ungläubig.

Auch der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau blüht.

Auch der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau blüht. Die Abschlüsse der einzelnen Grubenunternehmungen im ostfälischen Braunkohlenbergbau haben für 1928 fast ohne Ausnahme wachsende Erfolge bei steigenden Förderleistungen gebracht. Daß der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau dieser sehr günstigen Entwicklung in seinem Nachbarrevier nicht nachsteht, zeigten bereits die bisher veröffentlichten Gewinnabschlüsse. Auch die Braunkohlenwerke Borna A.-G. in Borna, Bezirk Leipzig, eines der stärksten Unternehmungen in diesem Revier, kann trotz starker Reservebildung ihre schon im Vorjahr von 6 auf 7 Proz. heraufgesetzte Dividende für 1928 weiterhin auf 8 Proz. erhöhen. Der Betriebsgewinn stieg von 2,5 auf 2,7 Millionen Mark, und trotz erhöhter Abschreibungen auf die Anlagen liegt der Reingewinn mit mehr als 700 000 Mark um rund 15 Proz. über dem Ergebnis des Vorjahres. — Die Förderung von Rohkohle wuchs im Berichtsjahr um 11,2 Proz. auf 1,58 Millionen Tonnen und die Breitetproduktion um 11,4 Proz. auf 0,66 Millionen Tonnen. Wie der Vorsitzende auf der Generalversammlung mitteilte, konnten die Vorräte, die bei Beginn des Jahres auf Stapel gelegt wurden, infolge der kalten Witterung sämtlich geräumt werden.

Steigender Bierabsatz. Im dritten Quartal des Braujahres 1928/29 (1. Oktober bis 31. Dezember 1928) wurden in Deutschland 12,606 Millionen Hektoliter Bier abgelehrt. Davon entfielen allein 12,235 Millionen Hektoliter auf Vollbier. Gegenüber derselben Zeit des Vorjahres hat sich der Bierabsatz wesentlich gesteigert, denn er betrug im dritten Quartalsjahr 1927/28 nur 11,186 Millionen Hektoliter. Diese Entwicklung zeigt einmal, daß die Profite des Braukapitals im laufenden Geschäftsjahr noch weit höher sein werden als in dem Rekordjahr 1927/28 und ferner, wie übertrieben die Klagen der Brauindustrie anlässlich der beabsichtigten Erhöhung der Biersteuer waren.

Deutschlands Amerikagebete 1928. Das Handelsamt in Washington berechnet die dem Ausland im letzten Jahre gewährten amerikanischen Darlehen auf 1488 Millionen Dollar gegen 1592 Millionen im Jahre 1927. Unter den Darlehensempfängern befindet sich Deutschland, das 292 Millionen Dollar erhielt, Kanada mit 237 und Argentinien mit 113 Millionen.

wiegenden Entschluß einer Verteuerung des Kredites fassen will.

Die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln, Schecks und Lombards hat sich nach dem Ausweis vom 15. April um 70 Millionen auf 2411,9 Millionen verringert. Bemerkenswert ist bei der allgemein geringen Entlastung der Kapitalanlage in den ersten beiden Aprilwochen, daß der Wechselbestand nur ganz unwesentlich um 27,5 Millionen Mark auf 2,1 Milliarden zurückgegangen ist. Weit stärker sind die Reichsdagwechselfestände, nämlich um 66,9 auf 76,9 Millionen Mark gesenkt worden. Die Lombards haben dagegen um 24,5 auf 121,1 Millionen zugenommen. Da der Notenumlauf sich durch die Rückfälle um 301,5 Millionen auf 4,6 Milliarden gesenkt hat, verbesserte sich trotz der starken Goldabgaben die Deckung der Noten durch Gold allein von 58 auf 58,6 Proz. und die Deckung durch Gold und deckungsfähige Devisen von 58,8 auf 59,2 Proz.

Der Goldbestand beträgt nach den Abgaben der letzten Woche 242 Milliarden Mark und der Bestand an deckungsfähigen Devisen 23,7 Millionen Mark.

Die Stahlwerke im März. Die deutsche Rohstahlgewinnung im März liegt mit 1,31 Millionen Tonnen um rund 44 500 Tonnen über den Ergebnissen des Februar. Da aber im Februar nur an 24 gegenüber 25 Tagen im März gearbeitet wurde, liegt die arbeitsmäßige Leistung im März mit 52 575 Tonnen um 2,1 Proz. niedriger als im Vormonat. — Die Deutschen Stahlwerke, die im Berichtsmontat insgesamt 904 257 Tonnen als Walzwerksprodukte herstellten, haben eine arbeitsmäßige Leistung von 36 170 Tonnen, also 69 Tonnen mehr als im Februar, aufzuweisen.

Dr. Constanze Glaeser: Urteile über die Frau

Heute, da die Gleichberechtigung der Frau — zumindest in den Kulturstaaten — Wirklichkeit geworden ist, ist es interessant, zu hören, wie auch hervorragende Geister vergangener Zeiten über sie dachten und schrieben. Denn für jeden Fortschritt, jede Förderung der Frau stellen die glühenden Schmähreden der Apostel und Fanatiker des Weiberrasses Stachelndröhte dar, in denen ihre Wünsche, ihr Streben, ihr heißes Wollen sich perlsingen und verbluteten. So mag als Symbol des Aufstiegs der Frau aus Knechtung und Verflachung zu Freiheit und Menschenwürde Jeanne d'Arc gelten, die als Hege verbrannt und fünfshundert Jahre später heilig gesprochen wurde. Diese letzte Phase allerdings hat die Frau noch nicht erreicht.

Besonders freie Geister haben der Frau seit jeher gleiche Rechte und Pflichten wie ihren männlichen Mitgeschickten zuerkannt. So Campanella in seinem „Sonnenstaat“, und schon zwelshundert Jahre vorher Plato in seiner „Politik“. In theologischen Kreisen war die Ansicht von der Frau als dem Prinzip des Hören weit verbreitet, und diese bildete die geistige Grundlage für Hexenprozesse und -verbrennungen. Einen charakteristischen Titel führt eine im 13. Jahrhundert veröffentlichte Schrift „Disputatio nova contra mulieres, qua probatur eas homines non esse“ („Neue Streit-schrift gegen die Frauen, durch die bewiesen wird, daß sie keine menschlichen Wesen seien“). — Wenn auch Humanismus, Renaissance und Aufklärung die Frau — in bevorzugter Stellung — an den Bildungsgütern der Zeit teilnehmen lassen, wenn sie auf den Höhen des klassischen Zeitalters gleichberechtigt, wenn nicht übergeordnet dem Manne erscheint, zumindest in ihrer geistigen Verklärung: Ophigene, die Vollendung reiner Menschlichkeit, wenn auch die Frauen der Romantik die Fesseln der Geschickstradition sprengen — so verlieren doch selbst erlebte Geister oft Klarheit und Freiheit des Denkens, sobald sie das Thema Weib behandeln. Von Johann Gottlieb Fichte rühren die Worte her: „Das zweite Geschlecht steht der Natureinrichtung nach um eine Stufe tiefer als das erste.“ ... die Frau gehört nicht sich selbst an, sondern dem Manne“, ... in dem Begriff der Ehe liegt die unbegrenzte Unterwerfung unter den Willen des Manne“.

Und erst das Triumvirat philosophischen Weiberrasses: Schopenhauer — Nietzsche — Weininger!

Mangelnde Vernunft, geistige Kurzsichtigkeit, Ungerechtigkeits, instinktive Verschlossenheit, Hang zum Eigen, Falschheit, Treulosigkeit, Berrat, Länden, Verschwendungslust, Eitelkeit sind nur einige der noch Schopenhauer's Ansicht das weibliche Geschlecht kennzeichnenden Eigenschaften. Das Weib stellt nur „eine Art Mittelstufe dar zwischen dem Kinde und dem Manne, als welcher der eigentliche Mensch ist“. Natürlich hat „das Weib dem Manne unterwürdig zu sein. — Es gehört doch nur dem „in jedem Betracht zurückstehenden zweiten Geschlecht an“. (Ganz wie bei Fichte.) Und eine für eine ganz bestimmte Gesellschaftsform und auch innerhalb dieser nur für einen umgrenzten Zeitraum und bestimmte Schichten geltende Institution, wie die „Versorgung“ des jungen Mädchens, wird zu einer biologischen Notwendigkeit gemacht: „Die Natur hat die Mädchen auf einige Jahre mit übererleuchteter Schönheit, Reiz und Fröhe ausgestattet auf Kosten ihrer ganzen übrigen Lebens-

zeit“, das sind „die Waffen und Werkzeuge, deren sie zur Sicherung ihres Daseins bedürfen“ und die sie nach erreichtem Zwecke (Heirat) sehr bald verlieren, wie die weibliche Ameise die Flügel nach erfolgter Begattung. — Schließlich begründet Schopenhauer die Minderwertigkeit des weiblichen Geschlechts, wie viele andere vor und nach ihm, mit dem Fehlen des weiblichen Genies. Die Frauenhasser vergessen bei diesem Hinweis, daß ganz große Verbrecher beinahe nie Frauen sind, daß man also das Fehlen von höchsten Leistungsfähigkeiten dem ganzen weiblichen Geschlecht ebensowenig antreiben könne wie das Vorhandensein der tiefsten Erniedrigung dem männlichen Geschlecht. Vilmann hat auf Grund statistischer Erhebungen festgestellt, daß das Vorkommen über- wie unternormaler Leistungen bei Männern größer ist als bei Frauen.

Nietzsche: Etwas vom Glanze der Zarathustra-Atmosphäre ist auch noch über das Kapitel „Von alten und jungen Weibsein“ ausgegossen. Dennoch, welcher Sturz aus eisigen, in tanzen der Gelüste erklimmen Höhen, aus letzter Einsamkeit und tiefster Wesensertrennung zu den Salonaperges eines Hinterwäldlerphilistertums, dem allerdings die herausgehende Form erhalten blieb. „Und gehorchen muß das Weib und eine Tiefe finden zu seiner Oberfläche. Oberfläche ist des Weibes Gemüt, eine bewegliche, flüchtige Haut auf einem seltsamen Gewässer“. ... denn der Mann ist im Grunde der Seele nur böse, das Weib aber ist dort schlecht“. Und schließlich anknüpfend bis zum Finale: „Du gest zu Frauen? Vergiß die Weisheit nicht!“

Als dritter im Bunde, wenn auch im Reiche der Spekulation nicht ganz ebenbürtig: der Wiener Philosoph Otto Weininger, der seinem Leben in jungen Jahren ein Ende machte. Nur mit einem sich bald zu physischem Ueberdruß steigenden, geistigen und seelischen Ueberhagen kann man heute diese noch nicht zwanzig Jahre zurückliegenden Schimpfparaphrasen um ein Thema lesen, die eine Zeitlang alle Geister in Atem hielten und überall Diskussionen ohne Ende entzettelten. Einige Proben aus seinem Werk, das seinen krankhaften Haß des anderen Geschlechts in ein metaphysisch-biologisches System von der Doppelgeschlechtlichkeit der Individuen hält: „Auch der tiefstehende Mann steht noch unendlich hoch über dem höchststehenden Weibe“ — „das Weib besitzt kein Ich und keine Individualität, keine Persönlichkeit und keine Freiheit, keinen Charakter und keinen Willen“ ... die Frauen haben keine Egoizenz und keine Ehre, sie sind nicht, sie sind nichts“. — „Heute mag das sinnliche Element stärker hervortreten als früher; denn unendlich viel von der „Bewegung“ (Frauenbewegung) ist nur ein Hinüberwerfen von der Mutterlichkeit zur Prostitutions; sie ist als Ganzes mehr Dürnenmangelpassion als Frauenmangelpassion, und sicherlich ihren wirklichen Resultaten nach vor allem: ein nutzloses Hervortreten des totalen Elements im Weibe.“

Genug! Heute gehört diesem Keuschheitsfanatiker, der ganz wie die mittelalterlichen Theologen im Weibe das Prinzip des Bösen, die Sünde, erblickte, nur mehr als Willeh, das Wissen um eine pathologische Veranlagung, die, glänzende Geistesgaben nicht ausschließend, doch ihre Verzerrung und Zerstörung bewirken mußte.

Plz: Das moderne Infernal

Vor einigen Jahren war in den Zeitungen von Pittsburg die folgende Annonce zu lesen:

„Wir stehen vor dem Konkurs, wir haben 125 000 Dollars mehr Schulden, als wir bezahlen können. Dieses Eingeständnis wird unsere Gläubiger veranlassen, sich auf uns zu stützen. Aber wenn ihr morgen kommt und kauft, haben wir Geld für sie bereit. Mit untenstehenden Preisen hoffen wir, der Loge gerecht werden zu können.“

Es gab einen Massenandrang des Publikums zu dem angekündigten Ausverkauf. Das Geld der Gläubiger wurde gerettet. Mit dieser Annonce, die die nackte und unerklärte Wahrheit zu sagen wagte, wurde eine ganz neue Epoche des Annoncenwesens eingeleitet, und seither ist bei jeder späteren Ummwälzung auf dem Gebiete der Reklame Amerika bahnbrechend gewesen. Ein Bild in die amerikanischen Zeitschriften zeigt uns, daß die Annoncen, die in Ueberfülle vorhanden sind, weit hübscher und inhaltsreicher sind, als der oft recht geistlose Text dieser Zeitschriften, die selber heute auch bei uns in Deutschland nachgehakt werden. Eine amerikanische Damenzeitung ist fast so etwas wie ein kulinarischer Genieß- — man kann sogar nicht unempfindlich an diesen lederen Worten und Anrichtungen vorbeigehen, die uns in den prächtigsten Farben von den Blättern entgegenwachen, und wir müssen zugeben, daß diese Annoncen uns anlocken, uns mit ihrem Inhalt zu beschäftigen, selbst wenn wir keine backstüchtige Hausfrau sind.

Als der Annoncenkönig Amerikas ist Claude C. Hopkins zu bezeichnen, der sich rühmen kann, daß eine einzige von ihm abgesetzte Annonce durch 32 Länder geht und in 17 Sprachen veröffentlicht wird. Dafür hat er mit seinem Talent zu geschickter Reklame aber auch etliche Millionen Dollars verdient.

Dieser millionenschwere Annoncenkönig hat als ein armer Junge angefangen, ursprünglich dazu bestimmt, Pfarrer zu werden; dann aber ging er seine eigenen Wege, hat jetzt einen herrlichen Palaß und könnte sich des Lebens freuen, wenn seine Arbeit ihm Zeit dazu ließe. Hopkins ist der Mann, der die sogenannte berichtende Annonce eingeführt hat, in der dargestellt wird, wie ein Fabrikat überhaupt zustande kommt. Ein Beispiel dafür. Die Brauereien annoncierten ständig reines Bier. Kein Mensch kümmerte sich darum. Hopkins sah sich die Brauereien an und lernte die gemaltete Maschinerie kennen, die zur Herstellung des Bieres benötigt wird. Hier mußte er einsehen. Der Mann, der annonciieren wollte, wachte ein: Solche Maschinen sind in allen Brauereien im Gebrauch. „Das ist ganz einseitig“, erklärte Hopkins, „wenn Sie nicht davon sprechen, weiß das niemand!“ Hopkins entwarf dementsprechend Annoncen, die in Wort und Bild die unständlichen Reinigungsoperationen barstellten, — das Interesse für die Bierbereitung steigerte sich, der Absatz wuchs ungeheuer. Jeder wollte dieses so sorgfältig hergestellte Bier trinken. Genau so machte er es bei unglücklichen andern Artikeln des täglichen Gebrauchs.

Auf Hopkins geht das amerikanische System zurück, daß der Käufer gegen den Annoncenumschlag eine Gratisprobe der angepriesenen Ware erhält. Niemals, predigt Hopkins, darf man sich verleiten lassen, unversucht Gratisproben in den Häusern zu verteilen; Mühe und Geld sind dabei verschwendet, denn das aufgezogene hat keinen Wert.

Wenn Hopkins eine neue Annoncensmethode erfunden hätte, hat er sie immer zuerst in den kleinen Städten ausprobiert, um zu sehen, ob sie wirklich Zugkraft besäße. Erst dann ist er damit in die Großstadt gegangen, um dort die großen Siege zu gewinnen. So hat er zum Beispiel die kondensierte Milch eingeführt. In der Annonce stand, man könne auf den Annoncenumschlag bei allen gutverehelichten Milchhändlern der Stadt eine Probekanne gratis bekommen. Die Händler wurden also mit diesen Proben beliefert, — der Verkauf regelt sich dann ohne Schwierigkeiten, — vorausgesetzt, daß das Produkt wirklich gut ist.

Er schickt auch Zigarren zur Ansicht ins Haus: „Kaufen Sie zehn Zigarren und schicken Sie die Kiste zurück, wenn Sie keinen nicht gefallen.“ Sogar Bücher bekommt man auf diese Weise: „Lesen Sie ein paar Kapitel.“

Hopkins vertritt den Standpunkt, daß niemals ein Fabrikant selber die Annonce auslegen soll, denn er weiß nicht, was bei dem Publikum Interesse erregt. Der Stil der Annonce muß einfach und leicht faßlich sein, denn sie wendet sich ja an die Masse. Er behauptet, daß eine Annonce nutzlos ist, wenn etwa darin steht: „Die niedrigsten Preise der Welt.“ Das glaubt kein Mensch. Aber man soll sagen: „Wir rechnen für unser Geld nur eine Verzinsung von 3 Proz.“ Es ist einleuchtend, daß kein vernünftiger Mensch billiger liefern kann.

Schönheitsmittel sind dadurch abzusetzen, daß man die Schönheit preist, die man durch sie erlangen kann, nicht, indem man die Häßlichkeiten als warnendes Beispiel hinstellt.

Ein Buchhändler fand reichenden Absatz, weil er annoncierte, daß jeder Käufer seinen Namen mit goldenen Buchstaben in das Buch gedruckt bekomme. Auch mit Abzahlungsgeschäften hat Hopkins glänzende Erfolge gehabt, indem er es verstand, dieser Geschäftsmethode alles Peinliche zu nehmen. Er stellte es als ein großzügiges Kreditgeschäft hin, vor dem niemand sich als armer Schuldner zu fühlen brauchte.

Selbstverständlich hat dieser Herr Hopkins nicht nur sich selber zum reichen Mann gemacht, sondern auch den Firmen Erfolge gesichert, die sich ihm anvertrauten. Aber man darf nicht verkennen, daß gerade zu dieser Kaufbahn des „Reklamefachmanns“ eine ganz besondere Veranlagung, viel Geschick, Umsicht und Klugheit gehört. Derartige Erfolge fallen niemand in den Schoß.

Die Temperatur auf dem Monde. Da der Mond keine Atmosphäre hat, ist die Temperatur auf ihm nach beiden Richtungen extrem. Dort, wo die Sonnenstrahlen senkrecht auftreffen, steigt die Hitze über den Siedepunkt des Wassers, so daß sie Schwefel und Zinn zum Schmelzen bringt. Auf der nicht von der Sonne bestrahlten Seite und dort, wo eine Mondfinsternis herrscht, ist die Temperatur dagegen sehr niedrig. Auf dem Observatorium des Mount Wilson hat man kürzlich festgestellt, daß während einer Mondfinsternis die Kälte bis zum Gefrieren der Wässer sinkt.

Die Herkunft der Ragen. Im Mittelalter sollen Ragen zuerst von Kaufleuten aus Genua nach England gebracht worden sein. Sie galten als eine kostbare Seltenheit und wurden hoch bezahlt. In der ersten Lebenswoche, solange sie noch blind waren, kosteten sie 1 Penny. Wenn sie begannen, nach aufwärts zu machen, stieg der Preis auf 2 Pence, und wenn sie zum erstenmale wirklich eine Maus gefressen hatten, so wurden sie mit dem für damalige Zeiten unvorstellbar hohen Preise von 4 Pence bezahlt. Sowie kostete damals ein ausgewachsenes Kalb. Die Könige hielten die Ragen für ihre Jagden, und der „Ragenhüter“ war am Königshof eine ebenso wichtige Persönlichkeit wie der Hüter der Hundemenge des Königs.

Arkady Amertschenko: Der Herr aus der ersten Reihe

Eines Tages brachte der beste Dramatiker der Stadt der Intendant des Stadttheaters sein Stück. Uebrigens war er gleichzeitig der schlechteste seiner Gattung, weil kein anderer dramatischer Schriftsteller in dem Städtchen existierte.

Das Stück hatte alle Nachteile schlechter, schwacher Stücke. Der Regisseur las das Stück, schüttelte den Kopf und sagte zum Direktor: „Sollen wir diesen Mist aufführen?“

„Aber wir wollen doch als nächste Novität den „Sommerstraum“ aufführen!“ bemerkte der Direktor.

„Was haben wir vom Autor des „Sommerstraums“? Ist er tot?“

„Ne, er ist tot!“

„Im ... dann hat er keine Bekannten, keine Freunde, keine Verwandten in dieser Stadt?“

„Nein!“

„Na, sehen Sie ... Unser Dramatiker Usalaw wird all seine Freunde, Bekannten, Verwandten, Russen und Lanten ins Theater laden ... Wir werden sicher fünf ausverkaufte Häuser haben ...“

„Aber das Stück ist schwach.“

„Das weiß ich.“

„Gut ... führen wir das Stück auf.“

So wurde das Stück „Die leidende DuDexin“ vom Stadttheater angenommen.

Es kam der Tag der Premiere.

Als das Publikum im Theater erschien, lenkte sich die allgemeine Aufmerksamkeit auf die erste Reihe.

Dort sah ein kleinerer, älterer Herr, an dem ein struppiger Bart und große Hände auffielen. Er trug einen alten unmodernen Sack und fragte jeden vorbeigehenden Theaterdiener:

„Sag, bitte, wann beginnt die Vorstellung?“

„Also um acht Uhr geht der Vorhang in die Höhe?“

„Ne, mein Herr!“

Um acht Uhr ging der Vorhang tatsächlich in die Höhe und das Publikum sah auf der Bühne einen „reichen Salon“, dessen Rückwand das Innere eines alten Schlosses zeigte.

Die Heldin lag auf einem Divan, schaute auf die Decke und sprach: „Sechszwanzig Jahre leiden ... und nicht ein einziger Blickpunkt ... Oh, Wladimir ... Wo ist er jetzt? Jemand weiß ... in der lärmenden Hauptstadt, und er fühlt nicht, wie ich hier in den Armen des ungeliebten Mannes leide! Dieses Ungeheuer hat mich zugrunde gerichtet.“

Sie nahm ein winziges Taschentuch aus ihrer Tasche und wuschte sich die Augen ab.

Der Herr aus der ersten Reihe schüttelte mit Bedauern sein Haupt, seufzte so laut, daß das ganze Theater erzitterte.

„Ja, so ist das Leben!“ sagte er laut.

„Ruhel Sie stören die Vorstellung!“

„Da quält sich ein Mensch und Sie sehen ruhig zu? Die Arme!“

„Schweigen Sie!“

Auf der Bühne öffnete sich die Seitentür und ins Zimmer trat ein alter Diener.

„Gnädige Frau“, sagte der Diener, „weshalb meinen Sie wieder?“

„Was willst du, Hippolyt?“ fragte die Heldin.

„Der Herr hat nach Ihnen gefragt ... Er will auf Ihr Gut eine Hypothek aufnehmen ...“

„Ist er allein in seinem Zimmer?“

„Nein, mit der Schnapskloche ... Seit dem frühen Morgen trinkt er Wodka ... Wir Diener wissen alles!“

Im Publikum lachte man, der Herr in der ersten Reihe war begeistert: „Ein lustiger Kerl!“ rief er.

„Schweigen Sie!“

„Bitte!“

Die Heldin ging, vom Diener begleitet, durch die linke Tür ab und die Bühne war einen Moment leer.

„Weshalb sind sie alle fortgegangen?“ rief nervös der Herr aus der ersten Reihe. Er beruhigte sich aber sofort, als ein eleganter Dandy ins Zimmer trat.

„Das ist sicher Wladimir!“ rief er leise. „Na, jetzt wird der Skandal losgehen!“

Wladimir begann: „Also jetzt bin ich hier ... In diesen heiligen Räumen, wo sie lebt, wo sie leidet, wo sie vielleicht an mich denkt ... Drei lange, freudlose Jahre ... Oh, Wladimir! Wo ist sie? Ich, ich höre Stimmen ... Ich ... Eine Männerstimme und eine zarte Frauenstimme ... Sie streiten ... Das ist sicher ihr Mann.“

„Eigentlich“ rief der Herr aus der ersten Reihe.

„Schweigen Sie!“

„Bitte!“

Wladimir fuhr fort:

„Wie könnte ich sie wissen lassen, daß ich hier bin ... daß ich in ihrer Nähe bin? ... Ah, eine Idee ... Ich werde meine Bittentaxe in mein Taschentuch mit meinem Monogramm einwickeln, und werde das Taschentuch auf den Divan legen ... Sie wird das Taschentuch mit der Bittentaxe finden, wird alles erraten. Ich werde später wiederkommen ... Ich ... Ich höre Schritte.“

Der junge Mann führte sein Vorhaben aus und lief davon.

Der Herr aus der ersten Reihe schaute nervös auf die Bewegungen des schönen Wladimirs.

Jetzt hörte man tatsächlich Schritte. Die Heldin kehrte mit ihrem Gatten zurück.

„Und ich sage dir, du mußt eine Hypothek aufs Gut nehmen!“

„Unter gar keinen Umständen. Das würde uns zugrunde richten.“

„Ah, du weigerst dich“, rief während der Mann, „warte!“ und er packte die Heldin bei der Hand.

„Lassen Sie mich! Sie tun mir weh ... Ich werde schreien! Hilfe! Hilfe!“

Der Herr aus der ersten Reihe stand ungeschlüssig auf, ging zur Bühne zu und sagte zum Gatten:

„Sie, Herr, gehen Sie nicht zu weit! Hören Sie ... Sie Herr!“

Im Publikum begann man zu lachen. (Schluß folgt.)

Billige Lebensmittel

Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Strasse • Wilmersdorfer Str. • Brunnenstrasse • Kottbuser Damm • Andreasstrasse

Stadtküche Leipziger Str.
 Amt Zentrum Nr. 8535-38
 Wir liefern frei Haus:
Menüs, Einzelgerichte, Kalte Platten, Mayonnaisen, Eisspeisen, Torten usw.
 Verlangen Sie unseren ausführlichen Stadtküchenkatalog

Fische und Räucherwaren

*Kablau a. L. Lgar. Pfd. 13 Pf. Bäcklinge..... Pfund 32 Pf.
 *Seelachs a. L. Lgar. Pfd. 15 Pf. Merlan Pfund 32 Pf.
 *Schiellfisch Pfund 18 Pf. Seelachs Pfund 38 Pf.
 *Kablaufilet Pfund 24 Pf. Fischrogen Pfund 40 Pf.
 *Rotbars Pfund 35 Pf. Makrelen Pfund 40 Pf.
 *Grüne Heringe Pfund 58 Pf. Flundern Pfund 45 Pf.
 *Bratflundern Pfund 10 Pf. Seehasen Pfund 65 Pf.
 *Zander getrockn. Pfund 75 Pf. Sprollen 1-Pfund-Kiste 48 Pf.
 *Leipz. Br., Nassdorp., Frühl. Bln., Kottb. Damm, Belle-Alliance-Str., Wilmersdorfer Str.

Frisches Fleisch

Kalbskamm ohne Beilage Pfund 68 Pf.
 Kalbsrücken ohne Beilage Pfund 78 Pf.
 Kalbskeulen bis 8 Pfund schwer, ganz oder geteilt Pfund 88 Pf.
 Kalbskaxen Pfund 60 Pf.
 Pa. Schweinebauch ohne Beilage, Pfund 1,08
 Pa. Schweineschinken Pfund 1,20
 Pa. Schweineblatt Pfund 1,16
 Pa. Kassler mild Pfund 1,30
 Pa. Eisbein mit Spitzels, gepökelt, Pfd. 62 Pf.
 Pa. Rücken fett bratfertig, a. Schwarz, Pfd. 94 Pf.
 Pa. Linsen Pfund 70 Pf.
 Pa. Rinderkamm od. Querrippe, Pfund 78 Pf.
 Pa. Fehrippe Pfund 98 Pf.
 Pa. Schmorfleisch Keils, a. Knoch., Pfd. 1,24
 Pa. Roulade Pfund 1,38
 Pa. Schabefleisch Pfund 1,24
 Pa. Hackepeter gewürzt Pfund 1,24
 Pa. Rinderleber Pfund 1,24
 Pa. Roastbeef ohne Knochen Pfund 1,48

Obst und Gemüse

Apfelsinen 3 Pfund 76 Pf. Rote Rüben Pfund 7 Pf.
 Blutapfelsinen Pfund 98 Pf. Wirsingkohl Pfund 10 Pf.
 Amerik. Äpfel a. Pfd. 1,00 Weisskohl Pfund 10 Pf.
 Peppings Pfund 45 Pf. Rotkohl Pfund 16 Pf.
 Kalif. Tafeläpfel Pfund 38 Pf. Spinat Pfund 15 Pf.
 Bananen Pfund 45 Pf. Grüne Gurken 6 v. 38 Pf. an
 Möhren Pfund 9 Pf. Kopfsalat Kopf 25 Pf.

Wurstwaren

Sülze Pfund 55 Pf. Meltwurst braunlich 6 v. Pfd. 1,40
 Rot- od. Leberwurst Pfd. 70 Pf. Hildesheimer Pfund 1,45
 Sülzwurst Pfund 95 Pf. Meltwurst Pfd. 1,60
 Speckwurst Pfund 1,00 ff. Leberwurst Pfund 1,60
 Hausm.-Leberw. Pfd. 1,05 Teewurst Pfund 1,80
 Berlin. Meltwurst Pfd. 1,10 Cervelat u. Salami Pfd. 1,85
 Jagdwurst Pfund 1,20 Schinkenspeck Pfund 1,85
 Knoblauchwurst Pfd. 1,25 Mausschinken Pfund 2,10
 Fleisdwurst Pfund 1,30 Speck mager Pfund 1,45
 Polnische Pfund 1,30 Speck fett Pfund 1,15

Gefrierfleisch

Pa. Schmorfleisch ohne Knochen Pfund 1,12
 Pa. Gulasch ohne Knochen Pfund 88 Pf.
 Pa. Suppentisch Pfund von 68 Pf. an
 Pa. Hammelvorderfleisch Pfd. v. 94 Pf. an
 Pa. Rinderlungen Pfund 36 Pf.
 Pa. Rinderherzen Pfund 58 Pf.
 Pa. Euter Pfund 24 Pf.
 Pa. Rinderbacken ohne Knochen, Pfd. 43 Pf.

Käse und Säfte

Blockkäse nach Tils. Art halbfett, Pfd. 84 Pf. Allg. Stangenkäse mit Pfd. 92 Pf.
 Blockkäse n. Tils. Art vollfett, Pfd. 1,10 Steinbuscher vollf. Pfd. 1,05
 Bayr. Emmentaler vollf. Pfd. 1,18
 o. B. „v. vollf. Schabbel 75 Pf. Sahnenkäse vollf. Pfd. 1,20
 Chester Käse vollf. Pfd. 88 Pf. Bayr. Schweizer vollf. Pfd. 1,35
 Edamer 20% Pfd. 68 Pf. Margarine Pfund 52 Pf.
 Holländer 20% Pfd. 68 Pf. Bratenschmalz Pfund 80 Pf.
 Allg. Bierkäse 20% Pfd. 78 Pf. Molkebutter Pfund 1,70
 Dän. Schweizer 20% Pfd. 88 Pf. Tafelbutter Pfund 1,80
 Allg. Stangenkäse 20% Pfd. 48 Pf. Dän. Tafelbutter Pfd. 1,94

Kolonialwaren

Bruchreis Pfund 18 Pf. Hartweizengriess Pfd. 25 Pf.
 Ital. Tafelreis Pfund 28 Pf. Viktoriaerbsen Pfund 28 Pf.
 Moulmain-Reis Pfund 28 Pf. Grüne Erbsen Pfund 18 Pf.
 Eierschnitnudeln 40 Pf. Linsen Pfund 34 Pf.
 Eierfadennudeln Pfd. 42 Pf. Kakao Pfund 65 Pf., 10 Pfund 5,90
 Weizengriess Pfund 22 Pf. Gebrannt. Gerste Pfd. 22 Pf.
 Kartoffelmehl Pfund 23 Pf.

Kaffee 2⁴⁰
 frisch gebrannt, Pfd. v. 2^{an}

Ostfriesisch-Misch. 50 g 100 g
 1 Paket 70 Pf. 1,35

Ceylon-Mischung 50 g 100 g
 1 Paket 80 Pf. 1,55

Barjoling-Misch. 50 g 100 g
 1 Paket 90 Pf. 1,75

Konferve 1/2 Dose

Sellerie in Scheiben 1,05
 Spinat 48 Pf.

Konsummischung
 aus getrockneten grünen Erbsen, Mörechen, frischen Karotten u. Spargel
 1/2 Dose 60 Pf.

Konfitüre

Pflaumen 98 Pf.
 Aprikosen 1,10
 Johannisbeeren 1,15
 Orangen 1,15
 Erdbeeren 1,30
 Kirschen 1,35
 Himbeer 1,35
 Ananas 1,40

125

1927er Williger, Mosel 1/2 Flasche 12,00
 1927er Enshelmer Rheinhessen 10 Pf. 15,00
 1927er Oberhaarder Malzweizen 10 Pf. 15,00
 1927er Oberhaarder Feuerberg 10 Pf. 15,00
 1927er Oberhaarder Feuerberg 10 Pf. 15,00
 1927er Oberhaarder Feuerberg 10 Pf. 15,00

Angebote unserer Wein-Abteilung

PALESTINA-WEINE

Montefiore 2,55
 Bordeaux-Art 2,90
 Rischon Burgunder-Art 3,60
 Heiron Sarterner-Art 3,25
 Esra Portwein-Art 3,80
 Perle Saron Madeira-Art 4,20
 Zionsblume Tokajer-Art 4,20

RUSSISCHE-WEINE

Kaberne-Abrau 1/2 Fl. 10 Pf. 1,60
 roter Krim Wein 1,70
 Wintorg Bordeaux-Art 1,90
 Jala Gold aus Ouzerwa 1,90
 Massandra Portw.-Art 2,75
 Massandra Vidara-Art 2,25
 Tschayr Dag Barw.-Art 2,25

185

1927er Maringer Römervlad 1/2 Flasche 17,50
 1927er Oppenheimer Goldberg 10 Pf. 17,50
 1927er Kreuzen her ohrberg 10 Pf. 17,50
 1927er Margaux Bordeaux 10 Pf. 17,50
 1927er Antala vorzügl. Frühtrückw. 10 Pf. 17,50
 1927er Alter Malaga, dunkel, süß 10 Pf. 17,50

Johannisbeerwein 80 Pf. 3⁷⁵
 rot, süß, Liter 80 Pf. 3⁷⁵

Rheinpfälzer Weinspäizer Liter 1²⁵ 6⁰⁰

Deutscher *** Weinspäizer Liter 4²⁵ 20⁰⁰

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, d. 19. 4.

Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 120 20 Uhr
 Bohème

Freitag, d. 19. 4.

Städt. Oper Blumauerstr. Turnus II 19 1/2 Uhr
 Falstaff

Staats-Oper Am Pl.-d. Republ. R.-S. 94 19 1/2 Uhr
 Die Fledermans

Staatl. Schiller-Theater, Charlth. 20 Uhr
 Oedipus

Winter Garten

8 Uhr - Centr. 2010 - Kassen erlischt
Ein Triumph Internat. Varietékunst.

Reichshallen-Theater

Ab. 8 Uhr. Sonntag Nachm. 3 Uhr
Steffiner Sänger

Zum Schluß: Eine schillernde Wohnung zu vermieten!
 Nachm. halbe Preise. Briefbestellungen Zent. 11 293
 Dönhoff-Brett: 10 Nummern! Kasset./Zent.

Planetarium am Zoo

Freitag, Juchthor 18 1/2
 Noll. 1578
 16 1/2 Uhr Sternhimmel des Frühjahrs
 18 1/2 Uhr Sternbilder und Weltbau
 20 1/2 Uhr Wunder des südlichen Himmels
 Tägl. außer Montags u. Mittw. Erwauchs. 1 Mk., Kinder 50 Pf.
 Mittw.: Erwauchsene 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Theater a. Kottbuser Tor

Kottbuser Str. 8. Tel. 19077
 Allabendlich 8 Uhr auch Sonntags nachm. 3 Uhr
Jubiläums-Programm unter der Devise
10 Jahre Elite-Sänger

Volksbühne

Theater am Bülowplatz 8 Uhr
Trojaner

Theater am Schiffbauerdamm 8 Uhr
Pioniere in Ingolstadt

Thalia-Theater 8 Uhr
Oelrausch

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr
Oedipus

Staatoper am Platz der Republik 7 1/2 Uhr
Die Fledermaus

Deutsches Theater

D.-L. Norden 12.310 8 1/2 U., Ende nach 10 1/2
 Heute letzte Aufführung!
Die lustigen Weiber von Windsor
 Sonnabend, 20. d. M. 7 1/2 Uhr:
 Zum 1. Male **Paulus unter den Juden**
 Dramat. Legend. von Franz Werfel

Kammerspiele

D.-L. Norden 12.310 8 1/2 U., Ende geg. 10
Jusik
 von Ossip Dymow. Regie: Heinz Hilpert
 Bühnenbilder: Erich E. Stern.
 Bühnenmusik: Pentadio Waldigeroff.

Die Komödie

11 Bismck, 241 4 7516 8 1/2 U., Ende geg. 10
Wann kommst Du wieder?
 Komödie von S. Maugham. Regie: Gustaf Gründgens

Trianon-Th.

Täglich 8 1/2 Uhr
Der Herzog und die Sünderin
 Rundfunkhörbar nahe Preise

Thalia-Theater Fendener Str. 72-7. 8 Uhr
„Oelrausch“

Komische Oper

Revue-Posse
„Von Bettchen zu Bettchen!“
 Leihen ohne Ende in 15 Bildern
 Vorverkauf anunterbrochen.

Berliner Theater

Direkt. Heinz Herald Charlottenstraße 94 A. 7. Dönhoff 170 Täglich: Anf. 8 U., Ende 10 U.
Helden von Bernard Shaw

Kleines Theater

Täglich 8 1/2 Uhr
 Der sensationelle Lustspielserfolg
Trio
 3 Akte von Leo Lenz

Stach. Künstler-Th.

8 1/2 Uhr
Pottasch und Perlmutter als Detektiv
 Paul Grätz, Karl Eitlinger.

Billig, schick und elegant Kurzberg

ist dafür bekannt. Sie erhalten bei mir den gediegenen **Maß-Anzug Paletot** für **M. 125.- und M. 138.-** aus prima Stoffen, guten Zutaten u. Verarbeitung. Trotzdem Teilzahlung bis 6 Monate.
Maßschneiderei J. Kurzberg
 nur Oranienstr. 160, 1.

Garnowsky-Bühnen

Theater in der Kleingärtner Straße T. v. 8 1/2 Uhr
Rivalen

Romdienhaus Täglich 8 1/2 Uhr
Charley's Tante mit Curt Bois.

i Theater am Kollenderplatz Täglich 8 1/2 Uhr
Revolte im Erziehungshaus

Dr. Zinners

Güchtl- u. Hohenmüllens-Tea hat sich seit 30 Jahren vorzüglich bewährt. Güter 20 000 Anwesenheiten. Paket M. 1,20 u. 7,50 in fast allen Apotheken.
Dr. Zinners & Co., Leipzig 75.

KABARETT TANZ-PALAST ORIENT

Dir. Goldberg
Alexandersir. 21
 Eröffnung: Sonnabend, 20. April!

Aktiengesellschaft für chemische Produkte
 vormals H. Scheidemandel, Berlin
 Bilanz per 30. September 1928.

Aktiva		RM	4
Berliner Grundstück		290 000	—
Auswärt. Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Fuhrpark, Utensilien		3 175 000	—
Patente, Büro- und Laborator-Einrichtung		414 822	62
Wertpapiere und Beteiligungen		8 633 212	65
Bankguthaben		39 600	—
Gu haben bei Tochtergesellschaften		2 033 783	25
Verschiedene Schuldner		1 996 823	75
Barbestand		27 539	94
Wechselbestand		174 797	76
Waren- und Material-Vorräte		2 091 569	48
Avale		2 547 775	25
		18 817 251	98
Passiva		RM	4
Aktienkapital		10 000 000	—
Reservefonds		1 000 000	—
Hypothesen		23 735	85
Hypothesen-Aufwertungs-Konto		39 600	—
Akzepte		1 18 025	01
Bankschulden		2 356 142	30
Schulden an Tochtergesellschaften		544 859	08
Langfristige Schulden		1 277 701	51
Verschiedene Gläubiger		1 010 456	24
Avale		2 547 775	25
Gewinn- und Verlust-Konto:			
Gewinn-Vortrag aus 1926/27		802 945	01
Brutto-Gewinn 1927/28		973 306	48
Abschreibungen		764 875	58
Reingewinn		RM 1 267 370	99
		18 837 251	98

Der Gewinnanteilschein Nr. 1 wird mit RM 30.— pro Aktie von som. RM 1000.— Nr. 1 — abzüglich 10% Kapitalertragssteuer **ab 17. April 1929** eingelöst. Einlösungsstellen sind:
 die **Dresdner Bank** in Berlin, Dresden und München,
 das Bankhaus **M. M. Warburg & Co., Hamburg,**
 die **Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München,**
 die **Oesterreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Wien,**
 die **Zivnotenska Banka, Prag,**
 die **Ungarische Allgemeine Creditbank, Budapest.**
 Die alten Aktien zu M. 200.— sind mit unseren Umtausch-aufforderungen im Reichsanzeiger vom 30. Januar v. J., 28. Februar v. J., 27. März v. J. und 5. Januar d. J. zur Zusammenlegung im Verhältnis von 5:2 aufgerufen worden und nehmen an der Dividende für das Geschäftsjahr 1927/28 nicht teil.
 Berlin, den 16. April 1929.
Der Vorstand.

Renaissance-Theater

Hardenbergstr. 5. Tel. Staats. 981 u. 2583/84 8 1/2 Uhr. Täglich 8 1/2 Uhr
 Eugen Kieber in **„Das große ABC“** von Marcel Pagnol
 Reg. : Gust. Hartung. In Premierabstimmung.

Befabemöbel

Ohne Anzahlung. Mehrjährige Ratenzahlung
 Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer
 Küchen, Polster-, Einzelmöbel
Nur Breite Straße 7.



STADT DES VORWÄRTS

BEILAGE

Sozialfürsorge im Bezirk Friedrichshain.

Erfolgreiche Arbeit unter sozialdemokratischer Leitung.

Wie stark die Wohlfahrtsinstitutionen Berlins in Anspruch genommen werden, läßt sich sogar an scheinbar trockenen Berichten mit riesigen Ziffern ermessen. Im Osten Berlins ist es besonders der eng bebaut und stark bevölkerte Bezirk Friedrichshain, dessen Verwaltungskörperschaften alljährlich eine gewaltige Arbeit zu vollbringen haben. Hier sind nicht nur schlechte Wohnungs- und Lebensverhältnisse festzustellen, die Bevölkerungsdichte ist mit 383 Einwohnern auf 1 Hektar auch am größten, gemessen an den Verhältnissen in den anderen 19 Berliner Bezirken. Da der Wohnungsnot im Bezirk nur durch Abwanderung begegnet werden kann, die natürlich auf große finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten in der Bevölkerung stößt, sind die Wohlfahrtsinstitutionen stark belastet. Das Wohlfahrtsamt unterstützte z. B. im Jahre 1928 allein 8408 Personen geistlich, 15 207 Personen durch Speisung und 29 573 durch Kleidung. Der Ratstandaktion fielen 2332 allgemeine Unterstützungsfälle und 3526 Sonderfälle zur Erledigung zu. Weitere Unterstützungen fielen unter die Kriegsbeschädigtenfürsorge mit 9047 Personen, die Kleinkinderfürsorge mit einem monatlichen Durchschnitt von 1450 Personen und die Sozialrentnerfürsorge mit einem monatlichen Durchschnitt von 6845 Personen. Ferner betreute die Familienfürsorge 6202 Familien und 1376 Einzelpersonen. Besonders viele fürsorgeliche Arbeit ist außerordentlich schwer für die Vormundchaft kamen dazu 3098 Vormundschaften und 856 Pflegschaften über Minderjährige; unterstützt wurden 8001 städtische Pflegekinder. Die Heilerziehung nahm 331 Personen in Anspruch. Der Krappelfürsorge unterstanden 4054 Körperbehinderte. An der Wohlfahrts- und Volkspeisung waren fast 20 000 Personen beteiligt.

Aus der Jugendpflege.

Ebenso wichtig ist auch die Jugendpflege. Im Kindergarten Mühlentor sind allein schon 3000 Kinder aufgenommen. Die Einrichtung weiterer Kindergärten und Kinderkrippen war wegen der Raumnot unmöglich. Erst in diesem Jahre ist durch die Initiative des Bezirksamtes und unserer Genossen ein Fortschritt zu erwarten. Die gleichfalls wichtige Erholungs-fürsorge hat eine Veranschaulichung von 3438 Kindern zu lebenswichtiger Erholung und die Beteiligung von 425 Kindern an den Ferienreisen auf dem Sportplatz Friedrichshain vor. Außerdem nahmen Laufende von Kindern an den sogenannten Außenspielen in Wartenberg, Pflanzgarten und in der Buchheide teil. An den ständigen Schulsportspielen auf dem Sportplatz in Friedrichshain waren 56 Schulen mit 320 Spielabteilungen und etwa 8000 Kindern beteiligt. Umfangreich ist auch die Arbeit, die sich auf die erwachsene Jugend und die Jugendbewegung erstreckt. Zur Mitarbeit und Betreuung sind dem Jugendamt aus dem Bezirk 170 Vereine mit rund 21 000 Mitgliedern gemeldet. Die Sportplätze werden von 69 Vereinen mit 49 215 Mitgliedern in Anspruch genommen. Die gut ausgestattete Lichtbildstelle hält 9 Lichtbildapparate, 130 Lichtbildserien und 170 Filmstreifen bereit. Die Nachfrage war stark. Die Wanderausstellungsstelle mit ihrem reichen Kartenmaterial fand starken Zuspruch. Auch sonst wurde das Jugendwandern durch Geld, Lebensmittel und durch Förderung des Jugendherbergswesens ausgiebig unterstützt. Eine umfangreiche Tätigkeit entwickelte sich bei der Betreuung der erwerbslosen Jugend, die Unterhaltung im Heimbetrieb und Spelung in den Jugendheimen fand. Kurse theoretischer und praktischer Art förderten die geistige Entwicklung. In den Jugendwerkstätten des Jugendamtes sind Einrichtungen für Kurse in Tischerei, Schlosserei, Stibau, Bootbau und Radiobasterei getroffen. Da die fertigen Arbeiten meist den Vereinen oder den Jugendlichen selbst überlassen werden, ist auch eine rege Bautätigkeit zu verzeichnen. Neben den erwerbslosen Jugendlichen halten hier auch die Vereine selbst Kurse ab. Die unter Schutzaufsicht stehenden Jugendlichen werden bei starker Teilnahme in Abendheimen für Unterhaltung, Vorträge, Basteleien und Handarbeiten zusammengeholt. In dem neu eröffneten Mädchenheim sind 21 Nähmaschinen für wertvolle häusliche Arbeit zur Verfügung.

Auch an diesem trockenen Bericht ist klar ersichtlich, wie wesentlich die Mitarbeit ist, die von sozialem Verständnis getragen wird. Kommunale Arbeit unter sozialdemokratischem Einfluß frug im proletarischen Bezirk Friedrichshain viel zur Verringerung von Not und Elend bei.

Die Tätigkeit des Gesundheitsamtes.

Der Ausbau des Gesundheitsamtes im Bezirk Friedrichshain machte auch im vergangenen Jahre Fortschritte. Das zeigte allein schon die schulärztlichen Untersuchungen, die sich in der Gesamtsumme auf 45 786 stellten. Die Fürsorge für Schwan-

gere, Säuglinge und Kleinkinder erfaßte 1096 Mütter, 11 508 Säuglinge und 23 088 Kleinkinder. Die beiden Säuglingsfürsorgestellen sind täglich überfüllt. An der Raumfrage und dem Mangel an Mitteln scheiterten viele Projekte. Die Krankenfürsorge war umfassend. Im Kronenhof Friedrichshain fanden 16 800 Personen Aufnahme, im Friedrich-Wilhelm-Hospital wurden 1090 Frauen betreut; der Tuberkulosefürsorge unterstanden 3182 Personen. Außerdem wurden an gefährdete Kinder in drei gut ausgestatteten Speisestellen des Jugendamtes, in denen besonders wertvolles Essen zubereitet wird, 80 000 Portionen ausgeteilt. Wichtig für die Ernährungsverhältnisse war auch die vom Jugendamt durchgeführte Schulfrühstücks- und -mittagspeisung. In der Frühstückspeisung wurden allein 172 191 Portionen ausgeteilt. Die Schulmittagspeisung in sechs Speisestellen sah noch eine stärkere Beteiligung. Besonders wichtig für die Gesundheitspflege war die Inanspruchnahme der Badeeinrichtungen des Bezirkes. Das Stadtbad an der Schillingstraße, eines der ältesten und dennoch bestingerichteten in Berlin, wies eine Besucherzahl von 881 157

Personen auf. Die Bestrebungen auf Schaffung eines zweiten Stadtbades mit allen wichtigen hygienischen Einrichtungen (größere Schwimmbäder, medizinische Bäder, die hier ganz fehlen) hatten leider noch nicht Erfolg, da auch hierin die Finanz- und die Platzfrage Schwierigkeiten verursachen. Wertvoll war für die Schulpflege die Ausgestaltung des Schulschwimmens. Kein Kind verläßt jetzt die Schule, ohne Schwimmunterricht unter Leitung sachverständiger, angestellter Schwimmlehrer genießen zu haben. Im letzten Vortrage wurden von 4403 Kindern 4352 als Schwimmer entlassen. Die im Friedrichshain geübte Methode ohne Störung des starken Anstaltsbetriebes hat weitgehende Anerkennung gefunden. Auch das ist ein Beweis für die nachhaltige Wirkung kommunaler Tätigkeit unter sozialdemokratischer Leitung.

Sehr merkwürdig ist ferner die Bekämpfung der Rachitis in dem einzigen derartigen Berliner Heim, der Tageserholungsstätte für Kinder in der Vorkerstraße. Dort wurden 1928 256 Kinder mit 14 998 Verpflegungen betreut. Durch gutes Essen, Aufenthalt in frischer Luft und Sonne, Bestrahlung mit Höhen Sonne, Zwerchnerven und Kleinkindergymnastik nach der Methode von Neumann-Neurode wurden bedeutende Erfolge erzielt. Ein Mangel ist noch die alltägliche Zurückführung der kleinen Kurgäste in die elterliche Wohnung am Abend. Das Ziel ist ständige Betreuung auf Wochen ohne diese hemmende Unterbrechung, wodurch der Gesundheitsprozeß bedeutend beschleunigt werden könnte. So ist aus vielfältiger Tätigkeit Fruchtbringendes für die Bevölkerung des nobilitierenden Ostens entstanden.

Neues aus dem Westen.

Die Berliner sollten über ihre eigenen Sorgen nicht vergessen, daß es auch draußen im Reich kommunale Großprobleme gibt, die der Lösung harren. Und wie Berlin sich um seine vier Millionen Einwohner müht, so ist man in Westdeutschland gleichfalls um eine nach Millionen zählende Einwohnerschaft bemüht, nämlich um das sogenannte rheinisch-westfälische Industriegebiet, das insgesamt wie Groß-Berlin auch vier Millionen Einwohner aufweist. Jurgzeit aber geht der Kampf um die Frage, wie es möglich ist, dieses Gebiet, das durch die nahezu 50 Kilometer lange ostwestlich verlaufende Städtekette Dortmund-Bochum-Essen-Duisburg gekennzeichnet ist, zu einer einzigen großen Wirtschafts-, Verwaltungs-, Verkehrs-, Siedlungs- und Kulturreinheit zusammenzufassen.

Über diese Fragen, die unsere westlichen Industrieprovinzen jurgzeit am stärksten interessieren, berichtete in sehr eindringlicher und weit ausgreifender Form Professor Ehlig in der Technischen Hochschule in Berlin in einem Vortrag des Architekten- und Ingenieurvereins zu Berlin. Der Vortragende hatte dabei den Vorteil größter Sachkenntnis, weil er in der Zentrale des Industriegebietes, in Essen, lange Zeit an verantwortlicher kommunaler Stelle tätig war. Dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, so führte der Herr Vortragende aus, kommt deswegen eine so große Bedeutung zu, weil man es ohne Ubertreibung als die Weststadt Deutschlands bezeichnen kann. Damit wird aber auch der innere Aufbau dieses Gebietes von dem Wirtschaftsgebiet Berlin gekennzeichnet. Es ist ein Gebiet, das trotz aller großen Kräfte, die in ihm lebendig sind, noch keine große Kultur besitzt. Denn was es besitzt, hat es nicht, wie Berlin, München, Hamburg, erben können, um auf dem Erbe weiterzubauen. Die Entwicklung vollzog und vollzieht sich dort in talendem amerikanischem Tempo. Die Kultur konnte nicht mitkommen. Ein treffend kennzeichnender Vergleich: München baute vor hundert Jahren ein Theater mit 2000 Sitzplätzen, Essen errichtete vor 25 Jahren ein Theater mit etwa 800 Plätzen und hat Ruhe, es zu füllen.

Die Wirtschaft dieses Gebietes kennzeichnen folgende Zahlen: Auf einer Bodenschicht, die 6,64 Proz. der Gesamtfläche des Deutschen Reiches ausmacht, sitzen 8 Proz. der deutschen Gesamtbevölkerung. Das Ruhrkohlengebiet fördert 80 Proz. der Steinkohlen in Deutschland, die Kokszeugung beträgt 85 Proz., die Wagnestellung zur Abfuhr der Kohle 47 Proz. der gesamten Wagnestellung in Deutschland. Die Grundlage der Wirtschaft hat von jeher die Kohle in Verbindung mit der Montanindustrie in diesem Bezirk gebildet. Aber diesem hochindustrialisierten Gebiet droht ein Stillstand, wenn es nicht gelingt, die Verwertung der Bodenschätze in rationellerer Weise als bisher vorzunehmen. Hierzu bedarf es eines wesentlich verbesserten Verkehrsnetzes der Straßen, der Eisenbahn und der Wasserstraßen. Die Anlässe für diese Entwicklung müssen mit aller Energie weiter vertreten werden (Verbandsstraßen, schneller Ausbau des Reichsbahnnetzes). Während man aber im Ruhrgebiet mit Erfolg bemüht ist, den Verkehr von den Zentren ab- und im

Westen heranzutreiben, ist man in Berlin leider noch nicht so weit. In Berlin wird der Verkehr durch das Zentrum, die Gitt, gepreßt, und es wird der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo diese Konzentrierung des Verkehrs in Berlin wirtschaftlich und technisch nicht mehr tragbar sein wird.

Die Standortwanderung der Betrieben in der Richtung von der Ruhr nach der Lippe, also nach Norden, und die Wanderung in der Technik der Rohstoffförderung hat der Technik und der Wirtschaft neue große Aufgaben gestellt. Die letzte große Aufgabe bringt mit der Gaslieferungsverordnung, der Kohlenverflechtung usw. in das deutsche Wirtschaftsleben weittragende neue Gesichtspunkte. 9 Milliarden Kubikmeter Gas werden im Industriegebiet erzeugt, 3 Milliarden Kubikmeter Gas verbraucht jetzt ganz Deutschland. Infolgedessen muß das Ruhrgas nutzlos in die Luft gelassen werden oder ebenso zwecklos in den Gasofen verbrennen.

Schließlich wurde noch auf die große Ummengung im Westen als ein Mittel zur Rationalisierung in den Kommunalverwaltungen hingewiesen, der die Rationalisierung in der Wirtschaft bereits vorausging. Die Betrachtungen zeigten in sehr interessanter Weise das Streben des Industriegebietes nach Kultur. Ein Abschluß und das letzte Ziel dieses Ringens ist zwar noch nicht erkennbar. Der eingeschlagene Weg läßt aber bei günstiger wirtschaftlicher Entwicklung die Erreichung dieses Zieles erhoffen.

Der an sich bedeutsame Vortrag würde entschieden gewinnen, wenn der Herr Vortragende sich entschließen könnte, die allzu große Zahl der ermüdend wirkenden statistischen Tabellen zu vermindern, dafür aber mehr Architekturbilder zu bringen. Die vorgeführten Listen wieder darunter, daß zeitweise sogar vier auf ein Diapositiv gequert waren.

Polizei und Reichsbanner.

Der Bezirk Berlin-Charlottenburg des Allgemeinen Preussischen Polizeibeamtensverbandes veranstaltete kürzlich im „Tiergartenhof“ ein Konzert der Schutzpolizekapelle, zu dem neben vielen anderen Gästen auch die Reichsbannerkameraden der Ortsvereine Charlottenburg und Tiergarten mit ihren Angehörigen erschienen waren. Der Führer der Polizeigruppe West, Polizeioberst Dabichowski, sowie der Führer der Reichsbannerpolizeiinspektion West, Polizeimajor von Falkowski, konnten in der Begrüßungsansprache vom Genossen Wetkaert ebenfalls begrüßt werden. Genosse Dr. Schühinger hielt die Festansprache und brachte zum Ausdruck, daß Polizei und Reichsbanner zwei Frat-

Rheuma und Gicht, die unvermeidlichen Begleiter der halbkalten Jahreszeit, überhaupt Erkältungsschmerzen wie Gliederreihen, Ischias, Hexenschuß, bekämpfen Sie wirksam mit Reichels Electricum, das Sie von Ihren Schmerzen befreien wird. Flasche Mk. 1,25, 2,- und 3,50. In Apotheken und Drogerien, sonst durch Otto Reichel, Berlin 43 50, Eisenbahn-Str. 4.

Dasselbe erreicht man mit

Rama Margarine butterfein

wie mit den besten Butter und zwar zur Hälfte des Preises 1/2 Pfd. 50 Pfg.

loren sind, die zum Schutze der republikanischen Staatsform zusammengehören. Dieses Zusammengehören sei gerade in der jetzigen hochpolitischen Zeit besonders erforderlich. Die verstärkte Schutzpolizei unter Leitung des Polizeimeisters Berner sei die beste Programmist. Reicher Beifall belohnte ihre Darbietungen. Zweifellos hat die Veranstaltung ihren guten Zweck erfüllt, nämlich, das gute Einvernehmen zwischen Polizei, Reichsbanner und Publikum zu vertiefen.

Aus den Bezirken.

Ausbau der Volksbüchereien.

3. Bezirk - Wedding.

In der heutigen Bezirksverordnetenversammlung beschäftigte man sich u. a. mit dem Ausbau der Volksbüchereien. Folgende Vorlage stand zur Beschlussfassung. Zur Wiedereröffnung der Volksbücherei Ravenstraße sind erforderlich: 5000 Bände Schöne Literatur, 1000 Bände Biographien, 1500 Bände Erdkunde und 1000 Bände Technik. Ohne diesen Mindestbestand wäre diese Bücherei nicht lebensfähig und würde sofort wieder dem Verfall ausgehört sein. Zurzeit sind in diesen 4 Abteilungen vorhanden: 3600 Bände Schöne Literatur, 935 Bände Biographien, 432 Bände Erdkunde und 150 Bände Technik. Für die Neuanschaffungen sind 26 400 M. erforderlich. Obwohl seit Jahren bei Neuanschaffungen von Büchern der proletarischen Struktur des Bezirks Rechnung getragen worden ist, konnte es sich die SPD. nicht verkneifen, den Ankauf von Arbeiterliteratur zu fordern. Gen. Weide erwiderte dem kommunistischen Redner mit Recht, er möge nur die Volksbüchereien fleißig benutzen, dann werde er erkennen, welche Reichtümer an Arbeiterliteratur dort vorhanden seien. Vielleicht würden dann auch die Kommunisten zu selbständigem, geschichtlichen Denken gelangen. — Eine mehrstündige Debatte erforderten die kommunistischen Agitationsanträge, unter denen die Forderungen, das Demonstrationsoverbot aufzuheben, am 1. Mai sämtliche Schulen zu schließen und auf den städtischen Gebäuden rote Flaggen zu hissen, besonders hervorgehoben werden müssen. Gen. Blaschitzief den Kommunisten entgegen, daß bei ihnen das Schlagwort und die Dummheit regieren. Das hätte sich bei der vorigen Mailfeier gezeigt, wo die Kommunisten sich nicht scheuten, sechsjährige Kinder abzurufen, die Mailfeier zu stören durch die fortwährenden Rufe: „Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten!“ Wohin die kommunistischen Laubbäumethoden führen, habe sich in Italien gezeigt. Nur Vernunft, Bildung und Einigkeit könnten die Arbeiterschaft vorwärts bringen.

Ausfallstraßen im Südosten.

6. Bezirk - Kreuzberg.

In der letzten Bezirksverordnetenversammlung standen zwei wichtige Vorlagen des Bezirksamts auf der Tagesordnung. Zur Verbreiterung der Urbanstraße sind zwischen Hermannplatz und Schönleinstraße die Vorgärten beseitigt. Eine Einigung über die Entschädigung konnte allerdings mit den bisherigen Eigentümern nicht erzielt werden. Sie gaben trotzdem vorbehaltslos aller Rechte die vorläufige Bauverabreichung. Ein Enteignungsverfahren soll nun die Entschädigungsfrage regeln. Die Bezirksverordneten stimmte der vom Amt geplanten Enteignung von 14 Straßenlandparzellen zu. Des weiteren ist eine Verbreiterung der Köpenicker- und Schlesiener Straße von 26 auf 34 Meter vorgesehen, da diese wichtigen Ausfallstraßen nicht mehr dem gewaltig gesteigerten Verkehr genügen. Zur Vorbereitung der Verbreiterung ist die Festlegung neuer Fluchtlinien nach der Spreeseite notwendig. Zu bemerken ist hierbei, daß die Köpenicker Brücke infolge Zuschüttung des Kanals bereits verschunden ist und die Köpenicker Straße an dieser Stelle bedeutend verbreitert wurde. Den neuen Fluchtlinienplan nahm die Bezirksverammlung einstimmig an. Sie schloß sich gleichfalls einem von uns gestellten und vom Genossen Siewert begründeten Antrag an, der verlangt, daß alle im Bezirk vorhandenen Gasbehälter bis zu ihrer endgültigen Entfernung aus der Nähe von Wohngebäuden in einem Maße entfernt werden, daß Explosionsunfälle wie in der Sollerstraße nicht wieder vorkommen können. Die SPD. glaubte die Bezirksverammlung besonders interessiert zu machen dadurch, daß sie einen ihrer Rundreisenanträge betr. Demonstrationsoverbot stellte. Genosse Litzke erklärte für unsere Fraktion, daß wir im Hinblick auf die

Verhältnisse in Russland den „Kampf“ der Kommunisten um Aufhebung des Demonstrationsoverbotes nicht ernst nehmen. Zu dem Antrag der SPD. auf Schließung aller städtischen Bureaus und Betriebe am 1. Mai gab Bürgermeister Genosse Dr. Herz die Erklärung ab, daß es den Arbeitern, Angestellten und Beamten der Bezirksverwaltung wie in den vorhergehenden Jahren frei stehe, den 1. Mai zu feiern. Es wird niemandem etwas in den Weg gelegt. Bei der Abstimmung über beide Anträge blieben die Kommunisten in der Minderheit.

Gegen Luftbäder und Kinderspielplätze!

7. Bezirk - Charlottenburg.

Man weiß nicht, ob die SPD.-Fraktion in Charlottenburg geschlossen hat oder ob die Anträge von der Münzstraße nicht rechtzeitig abgelehnt worden sind: die Anträge über den 1. Mai lagen erst heute als Dringlichkeitsanträge vor. Da die Kommunisten sich wieder einmal ihre rein agitatorische Antragsfabrikation beschreiben lassen mußten und für eine Ueberweisung nach Berlin nicht zu haben waren, widersprachen die bürgerlichen Parteien der Dringlichkeit. Nach diesem Vorspiel ging es an die sachliche Arbeit. Drei Mitglieder der Bezirksverammlung traten in den Vorstand der Abteilung für Ferienkolonien, unter ihnen der Genosse Kohnstein. Es handelt sich in erster Linie um die Verdrängung in die beiden schönen Heime im Ostseebad Forst. — Der Schulerweiterungsbau in der Komminer Straße wird mit 206 000 M. gebilligt; Mittel für Brausebadeinrichtungen in den höheren Schulen werden in der Höhe von 124 300 M. beschlossen. — Die Frage eines Luft- und Sonnenbades auf der Insel im Volkspark Jungfernheide erregte offenbar im Zentrum Unbehagen und trotz einmütigen Beschlusses der Deputation fanden plötzlich auch die Deutschnationalen Bedenken: das Projekt wanderte in einen Ausnahmefall (Kostenpunkt 140 000 M.). Denselben Weg ging das kleine Projekt eines Kinderspielplatzes am Tegeler Weg: den ursprünglichen Beschluß der Bezirksverammlung, der auf unsere Anregung zurückging, den alten Reitweg an der Spree in eine gärtnerische Anlage zu verwandeln, hatte der Herr Prof. Barth inhibiert. Nun wird das Bezirksamt hier wenigstens einen Kinderspielplatz schaffen. Die Bezirksverammlung äußerte allseitig den Wunsch, trotz Herrn Barth, die Uferanlage zu schaffen; wir machten auf die Notwendigkeit aufmerksam, die Königin-Luise-Straße in eine Einbahnstraße zu verwandeln. Schließlich ging auch ein drittes Projekt in einen Ausnahmefall: es handelt sich um die Aufstellung einer Brunnenanlage mit einem Bildschmuck (Krahe mit Jiege) auf dem Savignypfad. Unsere Anfrage wegen der Zustände in der Hebbelstraße beantwortete Genosse Horlich im Namen des Bezirksamtes ausführlich. Er schildert die unersessenden Bemühungen von Seiten des Wohnungsamtes, den Mietern zu helfen. Seine Ausführungen befriedigten die Versammlung allseitig. Eine kommunistische Anfrage wegen der geplanten Straßenbahn nach Reichen-dorf rief Herrn Stadtrat Zimmermann auf den Plan. Die in Aussicht genommene provisorische Anlage, mit der im November begonnen werden sollte, konnte zunächst wegen der Kälte nicht in Angriff genommen werden. Mittlerweile ist aber die Entscheidung über die Endlösung so nahe gerückt, daß man es als eine Verschleuderung öffentlicher Mittel bezeichnen möchte, wenn jetzt noch ein vorläufiger Bahnhöfen geschaffen würde, der vielleicht gleich nach der Herstellung wieder herausgerissen werden müßte. In nicht-öffentlicher Sitzung kam es dann noch zur Besprechung einiger Grundstücksankäufe.

Aufbauklassen abgelehnt!

12. Bezirk - Steglitz.

In Steglitz drohte Stadtverordnetenvorsteher Schwarz (D. Sp.) gleich bei Beginn der Sitzung dem Dreimännerkollegium der Kommunisten, wenn sie nicht artig wären, wäre er gezwungen, eine Sondersitzung auf den 1. Mai zu verlegen. Man war denn auch folglos und bezeugte nur die Sozialdemokraten als „Ver-räter“. Die Beratung des Fluchtlinienplans am Hindenburgdamm erregte längere Debatten. Die Genossen der SPD. waren für die Vorlage des Bezirksamts, die eine Randbebauung des schönen alten Parks vorzieht, um ihn gegen den Lärm der Straßen abzuschieben; besonders befürworteten sie, hier ein Kinderheim und Altersheim zu errichten. Da äußerste Linke und äußerste Rechte sich über den endgültigen Zweck des Parks nicht verständigen konnten, verfiel der Antrag der Ablehnung. Ein Antrag des Genossen Klose, der den Ausbau der Berliner Brennstoff G. m. b. H. zwecks stärkerer Heranziehung zur Versorgung der Berliner Bevölkerung befürwortete, verfiel der Ablehnung; dafür fand ein Gegenantrag der Deutschnationalen die Zustimmung der reaktionären Mehrheit, der die Tätigkeit der Brennstoffgesellschaft nur auf städtische Betriebe beschränken will. Die Einstellung der Parteien zu dem von den Demokraten eingebrachten, von den Sozialisten unterstützten Antrag der Errichtung von Aufbauklassen im Bezirk spottet jeder Beschreibung. Wie die

Deutschnationalen nachweisen wollten, nähern sich die Aufbauklassen den Zielen der vorhandenen Mittelschulen, sie vermehren nur das Chaos, das im Schulbau besteht. Durch die heutigen Verhältnisse im höheren Schulwesen würden nur die Kinder breiter Volkstriebe dem Erwerbseben entzogen; die meisten Eltern schulpflichtiger Kinder wären noch unter der schulpflichtigen Einkommengrenze und Arbeitslose schickten ihre Kinder auf die höheren Schulen. Diese absichtliche Verkennung des Charakters der Aufbauklassen wurde durch die standhafte Einstellung der SPD. noch übertroffen, die ebenfalls den Antrag ablehnte, weil ihre Kinder ja doch nichts in den Schulen lernten und weil man ihnen die Schulen nicht bis zur Universitäts hinauf freigabe. Zuletzt gab es noch einen heiteren Tanz zur Bewältigung dieses Bürger-Reinparlaments seitens der SPD., die ihrem Rundreiseführer der Zentrale gegen das Demonstrationsoverbot am 1. Mai als Dringlichkeitsantrag einbrachte. Die Genossen der SPD. waren klug genug, die Schwächer mit ihren Flegeleien allein zu lassen. Ein Antrag der Deutschnationalen, der die Entlassung Prof. Kautenbergs im Stubenrauch-Krankenhaus beurteilte, kam nicht zur Abstimmung. Der Bürgermeister erklärte auf Anfrage, daß der Verwaltungsausschuß einstimmig dem Botum des Kreisausschusses zugestimmt habe. Er erklärte ausdrücklich, daß zur Beunruhigung der Bevölkerung kein Anlaß vorliege.

Amtliche Grundstückspekulanten!

14. Bezirk - Reutheim.

Schnell und schmerzlos erledigte die Bezirksverammlung diesmal ihre Arbeiten. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsteher, Gen. Grohmann, eine Erklärung des früheren kommunistischen Parteisekretärs und Bezirksverordneten Borgsdorf bekannt, worin er die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, besonders den Vorwurf der Unterschlagung zurückweist. Die SPD. war in der Gegenerklärung sehr vorsichtig, denn sie sprach nur von Unregelmäßigkeiten in der Kassenführung. Drei kommunistische Anträge waren diesmal so spät aus der Münzstraße geliefert worden, daß sie als dringlich eingebracht werden mußten. Darunter ein Antrag zum 1. Mai, über o wohl Ihre Bundesbrüder, die Deutschnationalen, widersprachen. Trotzdem blieben die Kommunisten und auch die Tribünenbesucher mäusehensil. Wer das etwa ein besonderes Abkommen? Hätte die Sozialdemokratie widersprochen, dann wären alle Teufel losgewesen! Auch einer sozialdemokratischen Anfrage, die Auskunft verlangte, ob es den Tatsachen entspricht, daß die Militärbehörde das von der Stadt Berlin gepachtete Gelände, Jugendland in Jossen, zurückfordert, widersprachen die Schwarzweissen. Sie wollen die Erholungsstätte der Berliner Volksschuljugend demnach wieder dem Militär ausliefern. Einstimmig angenommen werden zwei Anträge, die energische Schritte bei der Reichsfinanzverwaltung verlangen, daß der Waldbestand in den Schiefständen der Hasenheide, der durch Abladen von großen Mengen Schutt äußerst gefährdet ist, erhalten bleibt, und neue Abmachungen mit den Charlottenburger Wasserwerken getroffen werden, daß der Wasserpreis, der besonders für kleine Siedler sehr hoch ist, mit dem Preis der Berliner städtischen Werke in Einklang gebracht wird.

Ferner wurden zwei Anträge unserer Fraktion angenommen, die die Regulierung der Oberstraße und die Erweiterung der Spielplätze in der Königsheide, sowie die Herrichtung der dort befindlichen Gebäude für Zwecke einer Waldschule, verlangten. Auf eine sozialdemokratische Anfrage, wann mit dem Bau für den längst beschlossenen Kindergarten im Sportpark Tempelhofer Feld begonnen werden soll, konnte Gen. Stadtrat Schneider mitteilen, daß das Geld vom Magistrat am Mittwoch bewilligt sei. Gen. Drosdatus verlangte im Auftrag der Fraktion Auskunft, ob es Tatsache ist, daß das Provinzialschulkollegium die größten Schwierigkeiten bei der Abtretung des Turnplatzgeländes in der Hasenheide macht, so daß die Regulierung immer weiter hinausgeschoben wird. Die Antwort, die Stadtrat Lucke gab, zeigte, wie hartnäckig und geschäftstüchtig das Provinzialschulkollegium ist. Zunächst verlangte es für die Abtretung eines sechs Meter breiten Streifens, Herrichtung eines ganz modernen Turnplatzes, dann, als das abgelehnt wurde, 50 000 M. Als noch Verhandlungen wegen einer Abstandssumme schwebten, kam es wieder auf die alte Forderung zurück. Das Bezirksamt mußte schließlich die Enteignung beantragen. Doch auch da versuchte das P.S.R. die Verhandlung zu verschleppen. Bei Begründung unseres Antrages auf Umbenennung des staatlichen „Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums“ teilte Gen. Schulz mit, daß das P.S.R. und der Direktor gegen jede Hineinnahme einer Anfängerkasse sind.

Bei Hämorrhoiden
 Darmreinigung, Ausschlag, Geschwäre,
 Drüsenkrankung, zur Blutreinigung
Stern-Engel-Zee (giftfrei)
 Aeratisch empfohlen. Zu haben in den Apotheken. Beweismaterial
 gratis. Fabrik Vegetabilischer Heilmittel, Bad Schandau, E. He.

Musikaufträge

Übergibt man nur dem Namen des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64, Dönhofs 3271-78
 Reichshauptstadt 9-5 Sonntags 10-3 Uhr
 Auf Wunsch Vertreterbesuch

6 Ausnahmestücke

Enorm billige Preise! Nur Qualitätsware! Vom 19. bis 25. 4.

Damen-Strümpfe künstliche Bemberg-Seide, feine Qualität, kleine Fehler. Ausnahmepreis 1.95	Jacquard-Socken Flor und künstliche Seide, moderne Muster. Ausnahmepreis 1.45	Damen-Hemdchen sehr gewirkt, mit Trägerband, echt Mako. Ausnahmepreis 0.75	Herren-Einsatzhemd weiß Trikot mit modernen Einsätzen. Ausnahmepreis 1.45
Damen-Strümpfe künstliche Seide, fehlerfrei, feinfädig, viele Farben. Ausnahmepreis 2.45	Herren-Socken Wolle mit Kunstseide, elegant, feinfädig, Qualität. Ausnahmepreis 2.90	Damen-Schlüpfer solide Qualität, viele Farben. Ausnahmepreis 0.75	Unterkleid Milanese, mit und ohne Spitze, moderne Farben. Ausnahmepreis 8.90
Damen-Strümpfe künstliche Seide mit Flor unterlegt, halber und elegant. Ausnahmepreis 2.65	Damen-Handschuhe Waschluder imitiert, tadelloser Sitz. Ausnahmepreis 1.45	Kinder-Schlüpfer Kunstseide gestreift, Pagenform, Gr. 35 Jede weit Gr. 29 Pfl. mehr. Ausnahmepreis 0.85	Herren-Pullover Wolle plattiert, moderne Sportdessins. Ausnahmepreis 7.90
Damen-Strümpfe Seidenfaser, extra starke Qualität, gut verstrickt. Ausnahmepreis 2.35	Fantasie-Handschuhe künstliche Seide mit eleganter Manschette. Ausnahmepreis 2.25	Damen-Complett seine künstl. Seide, Unterkleid m. eingearbeitet. Schlüpfer Ausnahmepreis 3.90	Damen-Pullover Wolle mit Kunstseide, mit und ohne Arm. Ausnahmepreis 6.90
Herren-Sportstrümpfe reine Wolle, schöne Farben, große Auswahl. Ausnahmepreis 2.75	Popeline-Sporthemd weiß, durchgehend, mit eleganten Jacquardeffekten. Ausnahmepreis 5.90	Damen-Schlüpfer Makofor, Ribbedgewebe, erstklassiges Fabrikat. Ausnahmepreis 3.90	Damen-Westen reine Wolle und Wolle mit künstlicher Seide. Ausnahmepreis 14.75

Besonders preiswert

Kinder-Sportstrümpfe
solide Qualität, in modernen Sportfarben
Größe 9-12 6-8 3-5
1.65 1.35 0.95

STRUMPFAUS METZGER

Spezialhaus für Strümpfe, Handschuhe, Trikotagen und Herrenwäsche
 Leipziger Straße 69 und 119 / Tauentzienstraße 16 / Friedrichstraße 97 / Wilmersdorfer Str. 68 und 128 / Brunnenstr. 18
 Große Frankfurter Str. 128 / Potsdam, Rauscher Str. 17 / Neu eröffnet: Neukölln, Berliner Straße 47, Ecke Siedlitzstr.

Besonders preiswert

Selbstbinder
 reine Seide, schwere Qualität, aparte Muster. **Ausnahmepreis** 2.50